Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 94.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 7 Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Vom Landtage.

4. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 6 Februar. 1 Uhr. Am Ministertische mehrere Kommissarien.

Ohne Debatte erledigt das Haus die Gesetzentwürfe, betreffend die Verpflichtung zum Halten der Gesetzsammlung und des Amtsblattes im Kreise Herzogthum Lauenburg, betreffend die Einstellung der Erhebung der Meßabgaben in Frankfurt a. O. und betreffend die anzufertigenden und zum Verkauf zu stellenden Stempelsorten in einmaliger Schlußberathung.

Auf Antrag des Grafen Rittberg werden darauf die Herren Dr. Baumstark, Dr Elwanger und von Rabe zu Mitgliedern der statistischen Zentralkommission und Dr. Sulzer zum Mitglied der Staatsschuldenkommission per Akklamation wiedergewählt.

Schluß 1¾ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Gesetzentwurf, betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst und kleinere Gesetze.)

---

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 6 Febr. 11 Uhr. Die Tribünen sind dicht besetzt. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, von Kameke, Falk, Geh. Räthe Schöne, Herrmann, Grandke, Hitzig und Oberstlieutenant Rautenberg.

Zu Mitgliedern der statistischen Zentralkommission werden nach dem Vorschlage des Abg. Windthorst (Meppen) durch Akklamation die Abgg. Miquel, Gneist und Virchow, zu Mitgliedern der Staatsschuldenkommission die Abgg. Klotz (Berlin) und Stengel gewählt. Das Haus geht hierauf zur zweiten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die anderweite Einrichtung des Zeughauses in Berlin über

§ 1 lautet nach den Beschlüssen der Kommission: Aus den Geldmittteln, welche auf Grund der Bestimmungen in den Artikeln VI u. VII des Reichsgesetzes vom 8. Juli 1872 und des Artikels 3 des Reichsgesetzes vom 2. Juli 1873, betreffend die französische Kriegskostenentschädigung, der preußischen Staatskasse zufließen, wird die Summe von 4,330,000 Mk. zur Erwerbung des freien Dispositionsrechts über das Zeughaus zu Berlin und zu einer anderweiten Einrichtung desselben bestimmt.

Diese Einrichtung bezweckt die Aufnahme einer, die rühmliche Geschichte des preußischen Heeres und somit des ganzen preußischen Volkes darstellenden Sammlung.

Abg. Berger (Witten) beantragt, in Alinea 1 die Worte: „wird die Summe" bis zum Schlusse zu streichen und durch folgende Fassung zu ersetzen: „ist die Summe von 2,900 000 Mk. zur Erwerbung des freien Dispositionsrechts über das Zeughaus zu Berlin, sowie für Reparaturen, Pflasterung, Herstellung einer Freitreppe, Dampfheizung, Wölbung des ersten Stockwerks, Anlage von Brandmauern, Beschaffung von Marmorbildwerken, Brandenburg-Preußischer Monarchen und der erforderlichen Einrichtungen für Aufbewahrung von Kriegstrophäen und Waffensammlungen in dem gedachten Gebäude zu verwenden."

Referent Wehrenpfennig: Ich bin leider durch Heiserkeit verhindert, durch Theilnahme an der Debatte dieselbe harmonischer zu machen. Ich hebe nur hervor, daß der Antrag Berger durchaus kein Novum enthält, sondern bereits in der Kommission gestellt und dort mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden ist.

Abg. Brüel: Ich richte die Frage an die Staatsregierung, ob in der Sammlung preußischer Trophäen keine hannöverschen Waffen aufgenommen werden sollen, welche nach der Schlacht bei Langensalza erbeutet worden sind. Die Motive ergeben über diese Frage nichts. Auf mein Votum wird ihre Beantwortung keinen Einfluß üben, aber vielleicht doch für die anderen Herren aus Hannover maßgebend sein, und im bejahenden Falle sie doch noch bedenklich machen, für die Vorlage zu stimmen. Es wird doch Niemand dieser Herren Gelder aus der französischen Kriegskontribution, welche auch mit Hülfe hannöverschen Blutes theuer erkauft worden ist, hergeben, um fortwährend die Erinnerung an einen Bruderkrieg wach zu halten, dessen bittere Folgen noch heute in Hannover ebenso schmerzlich empfunden werden wie im Jahre 1866. (Widerspruch.) Herr Wehrenpfennig erklärt diesen Krieg allerdings für einen gerechten, aber die höchste juristische Autorität in Preußen, die als Minister von Hannover nach Preußen berufen wurde, hat denselben einen ungerechten genannt. Zuerst hat man uns den blutigen Kampf aufgedrängt und als wir ihn nicht vermeiden konnten, ohne unsere Pflicht und Ehre aufs Spiel zu setzen, da hat man uns unser Herrscherhaus genommen, das durch tausendjährige Bande mit unserm Lande verknüpft ist, und unsere Selbstständigkeit vernichtet als ein Opfer lediglich für den preußischen Egoismus. Da wagt man uns zu sagen, wie es im Kommissionsbericht geschieht: Nehmt es so übel nicht, es ist in der Hauptsache nicht gegen euch gerichtet. Ich kann das nicht als Wohlwollen, sondern als Hohn bezeichnen. Wir bedürfen daher einer klaren Zusicherung, daß hannöversche Waffen nicht aufgestellt werden sollen; und wenn der Großstaat Preußen es nicht über sich gewinnen könnte, ein derartiges kleines Opfer seiner partikularistischen Ruhmsucht zu bringen, so wäre damit bewiesen, wie viel ihm noch zu einer großen und ruhmreichen Führerschaft in Deutschland fehlt. (Beifall und Zischen.)

Kriegsminister Kameke: Ich kann mich nicht darauf einlassen, alle die politischen Momente zu verfolgen, die der Vorredner eben hervorgehoben, um darzuthun, daß der Voschlag, diese Umwandelung des Zeughauses herzustellen, ein Akt partikularistisch-preußischer Ruhmesäußerung wäre. Er hat mich aber auf eine ganz positive Aeußerung darüber provozirt, ob etwaige Trophäen aus dem Jahre 1866 mit aufgestellt werden sollen und darauf will ich ihm eine ganz positive Antwort geben. Sie wissen, meine Herren, die Absicht ist, aus dem Zeughause eine historische Sammlung zu machen und Alles dasjenige, was dazu gehört, um die Historie, das Geschichtliche der preußischen Armee zu vervollständigen, wird darin seine Aufstellung finden. Also, sollten Trophäen der ehemaligen hannöverschen Armee sich vorfinden, von denen ich übrigens in diesem Augenblicke nichts weiß, so werden sie aufgestellt werden und ich glaube, daß wir damit Niemanden von denjenigen verletzen werden, die sich jetzt treu zum Reiche bekennen. Wir haben Gott sei Dank nach dem Kriege von 1866 einen größeren Krieg gehabt, in welchem die hannöverschen Leute an unserer Seite gefochten und wir die Empfindung gehabt haben, daß dasjenige, was in einem kurzen Kriege gegen einander gestanden, nun mit vollem Herzen mit und nebeneinander stehen konnte und den gleichen Ruhm und die gleichen Trophäen errungen hat. (Beifall.) Ich glaube, daß die Soldaten der hannöverschen Armee, von denen ich gerade persönlich im letzten Kriege eine große Unterstützung gehabt habe, nicht nach denjenigen kleinen Trophäen, die aus der hannöverschen Armee vielleicht da stehen sollten, sondern nach alle dem Großen hinschauen werden, was sie in jüngster Zeit gemeinsam mit uns, mit ihrer Hilfe und mit ihrem Blute mit erobert haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Goetting: Der Abgeordnete Brüel hat den Krieg, der den jetzigen Zustand in Deutschland, namentlich die Zusammengehörigkeit Hannovers mit Preußen herbeigeführt hat, einen ungerechten genannt und es werde das in Hannover noch heute mit demselben Schmerz empfunden wie damals. Er sowohl, wie der Abgeordnete für Meppen bei der ersten Berathung haben darüber so gesprochen, als verträten sie das ganze hannöversche Volk, die ganze Provinz Hannover. Für solche allgemeine Versicherungen giebt es gar keinen ungünstigeren Platz als hier in diesem Hause. Zahlen sind zwar biegsam, aber man darf sie nicht anrufen, wenn sie geradezu das Gegentheil beweisen. Die hannöverschen Abgeordneten, die mit den Abgg. Brüel und Windthorst um das frühere Königreich Hannover noch trauern, bilden ⅙ der Vertreter der Provinz in diesem Hause, während ⅚ die gegebenen Thatsachen, die zu ihrer Zeit auch von ihnen recht schmerzlich empfunden wurden, jetzt mit vollem Herzen begrüßen und an dem deutschen Reiche festhalten. (Beifall. Die Anschauung der Minderheit entbehrt auch des historischen Hintergrundes. Herr Brüel spricht zwar von der tausendjährigen Geschichte des Landes und es sei schrecklich, wenn so Etwas verschwände. Aber wer hat denn diese tausendjährige Geschichte? Der Theil des Landes, den ich vertrete, wahrhaftig nicht. Ich bin aber nicht so partikularistisch gesinnt, daß ich in Hannover wieder Unter-Abtheilungen machen wollte. Hannover ist 1815 zusammengeschweißt aus Bestandtheilen, die niemals zusammengehört und die verschiedenartigste historische Entwickelung gehabt hatten, die sich denken läßt. Zwei geistliche Staaten, Osnabrück und Hildesheim wurden zusammengelegt. Hannover ist damals gemacht, als das Königreich Preußen den Lohn für seine Anstrengungen fordern durfte und schon damals berechtigt war, Hannover als diesen Lohn zu fordern, den der elende Neid der Großmächte ihm damals verweigerte. Kaiser Franz sprach bekanntlich das Wort, wenn auch in anderem Sinne damals aus: „wenn Preußen noch ferner auf seinen Lohn für seine Opfer in den Befreiuungskriegen besteht, dann schieße ich wieder." Mit diesen letzten Worten des Kaisers Franz wurde die Sache abgeschnitten, um nicht nach dem eben beendeten Kriege mit Frankreich einen Bruderkrieg zu entzünden. Von einer Angehörigkeit sämmtlicher hannöverscher Stämme und Eingesessenen an ein angestammtes Königshaus kann also gar keine Rede sein. Aber auch wenn das richtig wäre, namentlich für die altbannöverschen Provinzen, — giebt es eine ungeschichtlichere Auffassung der Entwickelung der Dinge auf dieser Erde, als wenn man sagt, Etwas, was einmal dagewesen ist, irgend ein Staat habe die Berechtigung auf ewigen Bestand. Nennen mir doch die Herren einen Staat, so lange es eine Weltgeschichte giebt, der von Anfang an bis jetzt bestanden hat! Ist es nicht gerade ein sichtbares historisches Gesetz, daß einzelne Gemeinwesen und kleine Staaten sich aneinander anschließen, um die großen Reiche zu bilden, die allein eine weltgeschichtliche Aufgabe erfüllen können? Freilich wenn die beiden Herren Deutschland eine solche Aufgabe nicht zuschreiben, dann bedaure ich sie; denn daß sie unter den Zuständen des heiligen deutschen Bundes nicht zu erfüllen war, werden sie auch zugeben. Man bedenke doch auch, daß, als die Krisis eintrat und Alles auf der Schärfe des Schwertes stand, Preußen von Hannover nur forderte: bleibe neutral, gehe mit uns ein Bündniß ein, dann garantiren wir deine fernere Souveränität und erfüllen die Geschicke Deutschlands zusammen in anderer Weise. Meine Herren, erst war es ein verblendetes Ministerium, das alle diese Anforderungen zurückwies, gestützt auf seinen partikularistischen Standpunkt und die angebliche Machtstellung Oesterreichs, und in der letzten Stunde war es allerdings der unglückliche, verblendete Monarch, der, als noch in der Nacht die Behörden seiner Residenzstadt ihn beschworen, im letzten Augenblick nachzugeben, weil das Schicksal der Dynastie und Hannovers auf dem Spiel stände, auch diese Bitten ablehnte. Da erfüllten sich denn Deutschlands Geschicke in anderer Weise. Herr Brüel bedauert nun ganz besonders, daß der Staat definitiv vernichtet sei. Ja, meine Herren, das ist eben die partikularistische Vernichtung, die wir Uebrigen nicht bedauern. Daß der Hannoveraner nicht vernichtet ist, vielmehr noch gegenwärtig seinen vollen politischen Einfluß fühlt und ausübt, aber nicht mehr von der Tribüne eines kleinen Staates aus, der für die Geschicke Deutschlands ganz und gar irrelevant war, als ob er auf der Landkarte gar nicht existirte, sondern als Theil des großen deutschen Staates, der die Geschicke Deutschlands lenkt und den Beruf und die Fähigkeit hat, im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner in gute Wege zu leiten, — das hat eben dieser Vorredner bewiesen, als er so eben auf der Tribüne stand. Darum sind solche partikularistische Schmerzensschreie nicht mehr angebracht. Was die Sache selbst betrifft, so kann ich dem Gesetzentwurf nur freudig zustimmen. Dem Rufe, den wir so oft erhoben, den das Volk und liberale Volk im Jahre 1866 und später erhob, „Preußen solle in Deutschland aufgehen", ist hier in gewisser Weise und soweit es überhaupt möglich ist, vollständig Rechnung getragen. In den Motiven heißt es ganz deutlich: „Für die Geschichte der preußischen Armee beginnt jetzt ein neuer Abschnitt, die gemeinsame Geschichte des deutschen Heeres . . . . Mit berechtigtem Stolze kann die preußische Armee und mit ihr das preußische Volk, aus dem sie hervorgegangen, zurückblicken auf ihre Vergangenheit, deren Geschichte im gewissen Sinne nun einen Abschluß gefunden hat." Aufrichtiger und klarer kann man nicht sagen, daß Preußen als spezieller Staat aufhören wird, eine speziell preußische Politik zu befolgen und dafür sein Volk und Heer und seine Waffen zu benutzen, sondern daß es an der Spitze von Deutschland jetzt deutsche Politik machen wird, und das Zeughaus und die gegenwärtige Einrichtung desselben hier nur die preußische Partikulargeschichte abschließen soll, und zwar denjenigen Bestandtheil der Geschichte, den das preußische Heer mit seinen Siegen speziell bezeichnet. In diesem Sinne werden die Herren von dieser Seite des Hauses (links) und meine Landsleute aus Hannover dem Gesetzentwurf die freudigste Zustimmung geben. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): Der Herr Kriegsminister hat uns mit der diesem Ehrenmanne eigenen Offenheit und soldatischen Klarheit erklärt, daß allerdings auch die Trophäen aus dem Kriege gegen Hannoaer in dieser Ruhmeshalle aufgestellt werden sollen. Er läßt uns also über das Faktum, um das es sich hier eigentlich handelt, nicht in Zweifel: Wir sollen durch unser Votum und unser Geld dazu beitragen, daß ein Sieg über uns verherrlicht wird. Ein solches Ansinnen habe ich in der That bisher für unmöglich gehalten. Ich denke, wenn die Hannoveraner im Jahre 1870 so tapfer und freudig durch ihr Blut auf den Schlachtfeldern zu dem Erfolge der deutschen Sache beigetragen haben, so hätten sie alle Ansprüche auf die zarteste Rücksichtnahme, ich frage aber den Kriegsminister, ob es wirklich eine solche Rücksicht auf ein Soldatenherz ist, wenn man neben den gemeinsamen Siegesschmuck denjenigen Schmuck stellt, der an die eigene schmerzliche Niederlage erinnert. Die eben gehörte Rede des Abg. Götting hat mich vollends überrascht; ich habe von ihm Vieles erwartet, aber das, was ich gehört habe, doch nimmermehr. Ich habe noch niemals in der Geschichte gelesen oder gehört, daß der Sohn eines Vaterlandes (Rufe: Deutschland ist sein Vaterland!) seine Befriedigung darüber ausspricht, daß sein Heimathland die Selbstständigkeit verloren hat. Ich nehme einstweilen noch an, daß der Abg. Götting kein Mandat gehabt hat, seine Erklärung auch im Namen seiner Landsleute aus seiner Fraktion abzugeben. (Rufe links: jawohl!) Die Hannoveraner sind ohne Ausnahme so gute Deutsche wie Sie selbst; das hat Ihnen der Kriegsminister soeben bezeugt: denn Redensarten machen den Patriotismus nicht, sondern Thaten; aber sie haben auch ebenso gut ein Recht, in den Gefühlen zu beharren, die sie für die Selbstständigkeit ihres engeren Heimathlandes kundgeben. Was der Vorredner aus der Geschichte Hannovers und des Krieges vom Jahre 1866 vorgebracht hat, ist aber thatsächlich nicht einmal wahr. Wenn Hannover damals den Krieg gewollt hätte, so würde es nicht der Armee des Generals Manteuffel den Durchgang gestattet haben, den man hinterher benutzt hat, um das Land zu besetzen. Von einer tausendjährigen Verbindung Hannovers mit seiner Dynastie zu sprechen, ist genau ebenso berechtigt, als wenn man von einer 500jährigen Verbindung der Hohenzollern mit dem preußischen Staate spricht. Es ist richtig, daß Hildesheim früher nicht zu Hannover gehörte, aber haben denn alle gegenwärtigen preußischen Landestheile zu Preußen gehört? und ist der gegenwärtige preußische Staat nicht in noch ganz anderdr Weise nach und nach aus den verschiedensten Stücken zusammengeschweißt worden als das Königreich Hannover? Der Ausdruck 1000jährige Verbindung ist übrigens noch neulich in dem hannöverschen Provinziallandtage von Seiten des königl. Landesdirektors v. Bennigsen gebraucht worden . . . .

Präsident v. Bennigsen: Darf ich Sie bitten, die Person des Vorsitzenden aus der Diskussion herauszulassen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich muß doch hervorheben, daß von einer solchen Beschränkung in der Geschäftsordnung nichts steht.

Präsident v. Bennigsen: Es ist vollkommen richtig, daß dies nicht in der Geschäftsordnung steht wie manches Andere, was aber regelmäßig im Hause beobachtet wird, und diese Rücksicht hat bis dahin meines Wissens jeder Redner beobachtet. Ich möchte Sie bitten, und appellire an Ihre Empfindung, daß namentlich in der Angelegenheit, die jetzt erörtert wird, es für den Vorsitzenden erwünschter ist, als für jeden Andern, daß seine Person nicht in die Diskussion hineingezogen wird. (Sehr richtig! links).

Abg. Windthorst (Meppen): Ich will also von dieser Autorität für den Ausdruck „tausendjährig" abstrahiren. Wir haben wohl gelesen, daß die Römer ihre Gefangenen im Triumphzuge umhergeführt und daß diese die Siegestrophäen ihrer Ueberwinder selbst tragen mußten; wir wissen aber auch, daß namentlich die Niedersachsen zu solchen Triumphzügen sich nicht sehr freiwillig gestellt haben. Es ist dem Abg. Götting vorbehalten geblieben, sich freiwillig als einen solchen Träger der Trophäen des Sieges hinzustellen. (Große Heiterkeit links.) Ich bin heute noch weniger wie das vorige Mal im Stande, diese Vorlage zu bewilligen. Es ist inzwischen ein Ereigniß eingetreten, welches jedem Hannoveraner ein solches Votum geradezu unmöglich macht. Gestern ist im Herrenhause (Rufe: Aha!) eine Interpellation nicht von einem Hannoveraner, sondern von einem Preußen gestellt worden, die in einer so schroffen Art beantwortet wurde, daß ich vergebens nach parlamentarischen Ausdrücken suche, um diese Antwort richtig zu qualifiziren. Man hat angebliche welfische Manifestationen in Hannover bei Gelegenheit der letzten Wahlen zum Vorwand genommen, um den Antrag der Interpellanten, der aus einem „engen Geisteshorizonte" gestellt sei, — ein schönes Kompliment für die Herren (Heiterkeit) — kurzer Hand zurückzuweisen. Man hat dabei den gegenwärtigen Zustand als Provisorium erklärt. Als der hannöversche Vertrag geschlossen wurde, von dem ich auch etwas weiß, da war von einem solchen Provisorium ganz und gar nicht die Rede; ebensowenig war von irgend welchen Garantien die Rede, sondern die erste Proposition des Vertrages war die volle Auszahlung des Kapitals. Wenn man auf eine auswärtige Macht hinwies, so kann das nur England gewesen sein, und dies hat gerade ausdrücklich erklärt, es sei doch nur billig, daß man in Folge der Kapitulation von Langensalza das Vermögen des Königs Georg herauszahle. Die Kapitulation von Langensalza verlangte das, und das Zurückhalten des Vermögens ist eine schreiende Verletzung dieser Kapitulation. (Rufe: zur Sache!) Es ist ganz falsch, daß die Welfenpartei die Agitation in Hannover schafft, das thut vielmehr die dortige Verwaltung mit ihren Gensdarmen und der Polizei. Die Gefühle der Trauer und des Schmerzes der Hannoveraner über ihre verlorene Selbstständigkeit und die Anhänglichkeit an ihre Dynastie werden in Hannover niemals aufhören (Rufe links: Abwarten!)

Abg. Stengel: Die beiden Vorredner haben die Sache, die uns hier beschäftigt, viel zu sehr auf das politische Gebiet hinüber geleitet. Ob der Krieg vom Jahre 1866 ein gerechter war, darüber wird die Geschichte urtheilen, daß er aber nothwendig war, das können wir schon heute mit Sicherheit aussprechen; denn nur so war die größte That unseres Jahrhunderts möglich, die Begründung eines einigen Deutschlands, und die Gewährung der festen Bürgschaft seines Ansehens und seiner Macht nach außen und seiner Wohlfahrt und Freiheit im Innern. Ich und meine politischen Freunde hätten es lieber gesehen, wenn die Kommission es einfach bei der Fassung der Regierungsvorlage belassen hätte, wir werden aber für die Kommissionsvorschläge stimmen, um der Vorlage eine imposante Mehrheit zu sichern.

Abg. Bachem: So lange 8 Millionen deutscher Katholiken (Ruf links: Aha! Kulturkampf) in ihren religiösen Gefühlen gekränkt und verfolgt werden, darf es Sie nicht wundern, wenn uns die innere Freudigkeit fehlt, auf eine solche Vorlage hin diese Summe zu bewilligen. Wir können das gegenwärtige Regiment nicht als ein väterliches ansehen. Es ist eine Regierung des Kampfes gegen uns, der insbesondere von den Organen des Ministeriums des Kultus und des Innern mit den verwerflichsten Mitteln einer Partei gegen uns geführt wird.

Präsident von Bennigsen erklärt den Ausdruck: „verwerflichste Mittel" in Bezug auf Maßnahmen der Regierung für nicht parlamentarisch.

Abg. Bachem: Ich habe nicht von der Regierung direkt, sondern nur von ihren Organen gesprochen. Insbesondere ist es das offiziöse Organ, „die Provinzial-Korrespondenz", welches in solcher Weise gegen uns kämpft. Dasselbe verschmäht sogar nicht das in einem paritätischen Staate bedenklichste Mittel der konfessionellen Hetze, des Appells an die konfessionellen Gegensätze (Rufe: Zur Sache.) Bei solchen Zuständen dürfen Sie sich nicht wundern, daß das Gefühl

der Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit mit dem Staate in den preußischen Katholiken aufs tiefste erschüttert ist. Wir müßten kein Blut in den Adern und kein Herz im Leibe haben, wenn es anders wäre. (Wiederholte Rufe zur Sache! Der Präsident bittet gleichfalls den Redner sich an den vorliegenden Gegenstand zu halten.) Machen Sie, m. H., die preußische Devise: suum cuique uns gegenüber wieder zur Wahrheit, lassen Sie uns gegenüber Gerechtigkeit walten, so werden Sie uns bereit finden, die Mittel zu einer preußischen Ruhmeshalle zu bewilligen, eher nicht.

Abg. v. Benda: Es wird uns Jeder das Zeugniß ausstellen müssen, daß wir die Herren mit Ruhe angehört haben, obgleich ihre Reden die Grenzen des Berechtigten überschritten haben; aber wir haben dies ertragen, einestheils weil wir uns frei fühlten von dem Vorwurf, als ob wir ein Triumphgeschrei über die Vergangenheit anstimmten, und dann, weil wir uns in diesem Saale als preußische Abgeordnete fühlen und nur als solche. Das ist die Stellung, welche wir einnehmen, und alle anderen Vorwürfe weise ich zurück. Was den Antrag des Abgeordneten Berger anbetrifft, so hat derselbe der Kommission bereits vorgelegen, ist aber dort mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden, weil wir der Ueberzeugung waren, daß das ganze Werk zerstört werden würde, wenn wir eine Aenderung in die Einheit der Konzeption hineinbringen würden. Genügende Gründe sind auch von dem Abg. Berger nicht vorgebracht worden, und wenn ich auch sein Verständniß für die Kunst und die Technik anerkenne, so muß ich doch das der Regierungskommissäre höher stellen, und besonders desjenigen, der das Projekt aufgestellt hat. Auch die finanziellen Bedenken kann ich nicht theilen: wenn man Geld für die Unterstützung der Nogatniederung verlangen wird, so wird auch hierfür das nöthige Geld noch vorhanden sein; so schlecht steht unser Etat wirklich nicht da, um diesen Grund als maßgebend anzuerkennen. Im empfehle Ihnen deshalb die Vorlage dringend zur Annahme.

Abg. Berger: Die Stellung meiner politischen Freunde dieser Vorlage gegenüber ist völlig objektiv. In gewissem Sinne ist uns der Entwurf sogar sympathisch; doch muß ich von vorn herein erklären, daß wir demselben nicht die politische Bedeutung beilegen, wie der Abgeordnete Gerlach und die hannoverschen Abgeordneten. Alle persönlichen Gefühle, welche diese Herren haben, sind doch nicht im Stande, die Thatsachen der Geschichte ungeschehen zu machen; sie vergessen dabei auch ihre glorreiche Geschichte vor 1866, wo sie stets an der Seite Preußens gekämpft und durch jene Trophäen an ihre eigenen Siege erinnert werden. Wir sind sehr gern bereit, die Verdienste der Armee dankbar anzuerkennen, wir geben auch das Bedürfniß einer Restauration des Zeughauses vollständig zu und wundern uns sogar, daß nicht früher schon eine Position hierfür im Extraordinarium gefordert worden ist; wir sind auch einverstanden, daß jetzt mehr Sorgfalt auf die Waffen- und Trophäensammlung verwendet wird als dies bisher geschehen konnte, aber wir fragen uns, ob der Vorschlag so, wie er uns vorliegt, durchaus zweckmäßig ist und nicht in einzelnen Punkten über seine Grenzen hinausgeht. Meine Freunde und ich sind der Ueberzeugung, daß dies Letztere in Bezug auf drei Punkte der Fall ist, den Kuppelbau, die Skulpturen und das Glasdach des Hofes. Mit der Streichung dieser Anlagen würde nach meinem Antrage eine Ersparung von 1,430,000 Mark eintreten. Für den Kuppelbau, den wir nicht allein für unnütz, sondern auch für unschön halten, wird von den Regierungskommissarien nur angegeben, daß die Kuppel vollständig im Innern verschwinden und von Außen nicht sichtbar sein würde. Diese negative Vertheidigung beweist schon hinreichend die Unschönheit der projektirten Anlage. Nach meiner Ansicht, würde damit die Einheit des Gebäudes gänzlich gestört werden; wäre dieselbe nöthig gewesen, so würde sie schon der große Baumeister selbst hinzugefügt haben. Ich bin sehr gern bereit, viel auf die Autorität der Regierungsvertreter in technischer Beziehung zu geben, aber wenn ich mir positiv sagen muß, daß das Projekt unschön ist, so bin ich nicht in der Lage, mein Recht als Volksbote so unbedingt in ihre Hände zu legen, besonders da wir in den letzten Jahren Gelegenheit genug gehabt haben, gegen die Sicherheit ihres Urtheils, besonders im Baufache, Bedenken zu hegen. Ist uns doch dies Projekt ursprünglich mit einem Voranschlag von 6 Millionen vorgelegt worden, während diesmal die Forderung noch sehr ermäßigt worden ist. Unter dem Begriff Skulpturen faßt die Vorlage insbesondere die Statuen der Generäle zusammen; ich muß sagen, daß ich es nicht für angezeigt halte, wenn denselben bei Lebzeiten schon Denkmäler gesetzt werden. Wir haben ihnen sehr gern die Dotationen als Anerkennung des Volkes bewilligt, aber für Denkmäler eine halbe Million jetzt zu gewähren, halte ich nicht für richtig. Friedrich der Große, der doch mit kleinen Mitteln so Großes zu erreichen wußte, hat seinen Generälen während ihrer Lebzeit keine Statuen errichtet; die auf dem Wilhelmsplatz sind unter Friedrich Wilhelm II. und die von York und Gneisenau erst 1841 aufgestellt worden. Endlich können wir das Glasdach über dem Hofe mit den schweren eisernen Stäben nicht als nöthig anerkennen. Auf Eines möchte ich noch hinweisen: die Regierung hat die Zeit zur Einbringung der Vorlage sich so schlecht wie möglich ausgesucht. Im Jahre 1871 und 1873 hätten wir die Summen sehr gut bewilligen können, aber 1877, wo der Etat nur durch künstliche Mittel balanzirt worden ist, wo die Milliarden schon alle zur Verwendung gekommen sind, wo wir einen Nothstand durch das ganze Land haben, nicht blos an der Weichsel, nicht blos in Westfalen, wo den vielen entlassenen Arbeitern durch die Kommunen und Regierungen Arbeit verschafft werden mußte, sondern auch in den ackerbauenden Gegenden, wie Posen, in in welcher Provinz während des Februar 18 Güter mit 5814 Hektaren zur nothwendigen Subhastation stehen (Hört! Hört!) — in diesem Jahre haben wir kein Geld zu Luxusbauten. Ein Mittel wüßte ich wohl, wodurch Geld für das Zeughaus beschafft werden könnte, und das ist Folgendes: 1871 sind für den Bau des Reichstagsgebäudes 8 Millionen Thaler bewilligt worden, die jetzt auf 28—29 Millionen Mark angewachsen sind. Nach langen Berathungen und Ablehnungen hatte die Kommission hierfür einen guten Platz in der Königgrätzerstraße zwischen Lennéstraße und Charlottenburger Chaussee ausgewählt, doch die Regierung erklärte leider, daß sie weder dieses, noch irgend ein anderes fiskalisches Grundstück hergeben würde. (Hört! Hört!) Wenn nun die Regierung sich doch noch dafür entscheiden würde, so würde der Reichstag hierfür bereitwillig eine Summe hergeben, welche für die Restauration des Zeughauses verwendet werden könnte, und es würde auch zugleich endlich die Parlamentsangelegenheit, die sich schon so lange hinzieht, zur endlichen Regelung gelangen. Ich bitte Sie, mein Amendement anzunehmen; sollte das jedoch nicht geschehen, so müssen wir zu unserem Leidwesen gegen die Vorlage stimmen, weil wir Angesichts des Nothstandes nicht gewillt sind, Gelder für Luxusbauten herzugeben. (Beifall links.)

Regierungskommissar Geh. Rath Hitzig: Der Abgeordnete v. Benda hat sehr richtig bemerkt, daß man aus dem künstlerischen Entwurf nicht einzelne Theile herausstreichen könnte, ohne den ganzen Entwurf eigentlich unmöglich zu machen. In dem Antrage Berger sind Sachen bewilligt worden, die gar nicht ausführbar sind, wenn die verlangten Streichungen erfolgen, namentlich ist dies mit der Anlegung der Freitreppe der Fall. Wie soll man dem Publikum zumuthen, wenn es erst ins Zeughaus eingetreten ist, über einen unbedeckten Hof zu einer Treppe zu gehen und 45 Stufen im Winter bei schlechtem Schneewetter zu ersteigen. Diese Treppe ist aber nöthig, weil im Zeughause nur zwei eigentliche Eingangstreppen sich befinden. Zwei Möglichkeiten wären nun da, um jene Treppe anzulegen, entweder im bedeckten Hofe, oder im Innern des Gebäudes. Denn einen Ausbau nach dem Hofe zu machen und in ihn die Treppe zu legen, ist unmöglich, ohne die ganze schöne Architektur des Hofes zu zerstören. Im Innern die Treppe anzulegen, würde aber dazu führen, daß man die Gewölbe des Parterres zerbräche, daß man genöthigt wäre, die Kuppel nach der Vorderseite zu legen, was die Façade in jeder Weise verunstalten würde. Es ist hierbei also eines aus dem anderen entsprungen. Es ist aus inneren ästhetischen Gründen angenommen worden, daß man, wenn man die Treppe erstiegen hätte, in einen größeren Raum trete. Es ist ja nicht zu leugnen, daß die architektonische Anordnung des Zeughauses im Innern eine große Einförmigkeit hat und es daher wünschenswerth erscheint in ästhetischer Beziehung, einen größeren Raum zu bilden. Das führte aber dazu, daß dieser größere Raum eine größere Höhe haben mußte als die daneben liegenden Räumlichkeiten des Zeughauses. Wenn übrigens angeführt ist, daß die Kuppel höher als das ganze Gebäude ist, so ist das nicht richtig. Die Kuppel ragt nur 8 Meter über den First des Zeughauses emporund ist infolge dessen zuerst nur auf eine Entfernung von 300 Meter zu sehen, d. h. der vierfachen Breite der Linden. Auf einen äußeren ästhetischen Effekt durch die Kuppel haben wir von vornherein verzichtet. Was endlich die Ueberdeckung des Hofes mit einer Eisenkonstruktion anbetrifft, so braucht dieselbe nicht schwer sein; es liegt ein Beispiel der schönsten Ausführung dieser Art in der académie des beaux arts vor. Die Bedachung selbst war nöthig zur Sicherung der Treppe, sowie wünschenswerth für den Hof, der sowohl in seinen Verhältnissen, als auch namentlich durch die von Schlüter ausgeführten Masken sterbender Krieger einen großen Werth besitzt. Diesen Plan, der aus einem Gedanken entsprungen ist, würden Sie zerstören, wenn Sie etwas streichen.

Abg. v. Köller: Das Glasdach halte ich für unentbehrlich bei dem Umbau des Zeughauses, um das besichtigende Publikum gegen die Einflüsse des Wetters zu schützen. Die Bedenken des Abg. Berger gegen eine Kuppel würde ich für begründet erachten, wenn die Kuppel von Außen sichtbar wäre. Aber Sie haben ja von dem Regierungskommissar gehört, daß dies nur unter besonderen Verhältnissen möglich ist und für das Innere des Gebäudes und eine schöne Ausstattung desselben halte ich den Kuppelbau für dringend wünschenswerth. Der augenblickliche wirthschaftliche Nothstand unseres Landes ist mir bekannt und ich bin auch der Meinung, daß sein Ende noch nicht so bald erreicht sein wird. Aber die Steuerkraft des Landes wird ja für diesen Zweck gar nicht in Anspruch genommen. Es ist allerdings richtig, daß das Geld, wenn es nicht für diesen Zweck verwendet würde, nach dem Gesetz zu Zwecken der Eisenbahnverwaltung verwendet werden müßte, aber ich muß doch darauf hinweisen, daß der weitaus größte Theil unseres Antheils an der französischen Kriegskostenentschädigung verwandt ist zu Eisenbahnzwecken und zur Schuldentilgung und daß damit die Steuerkraft, welche sonst für die Zinsen dieser Beträge in Anspruch genommen worden wäre, eine große Erleichterung erfahren hat. Ich will nicht näher auf den Rath des Abgeordneten Berger eingehen, welcher den Erlös für die Ueberlassung eines Bauplatzes für das Reichstagsgebäude an das Reich zu diesem Zwecke zu verwenden wünschte, sondern nur bemerken, daß hierzu noch die Zustimmung des Reichstages und der Reichsbehörden zum Ankauf des Platzes nothwendig ist und dadurch das vorgeschlagene Mittel etwas problematisch wird. Die Einwände der beiden ersten Redner gegen die Vorlage halte ich im Wesentlichen schon für erledigt und will nur hinzufügen, daß bei den Armeen aller zivilisirten Völker auch dem überwundenen braven Feind die volle Achtung gezollt wird und daß dieses Gefühl in der preußischen Armee für die ehemalige hannoversche Armee waltet. Man tadelte nur die Politik, welche in der Schlacht bei Langensalza von hannoverscher Seite vertheidigt wurde. Niemand im Hause wünscht, daß die Trophäen im Zeughause in irgend einer verletzenden Weise für die annektirten Provinzen aufgestellt werden und wir haben das Vertrauen zur Staatsregierung, daß das nicht geschehen wird, aber ich bitte doch auch, nicht allzu sensibel in solchen Dingen zu sein. Wir sehen auch in Wien die Darstellungen unserer Niederlagen im siebenjährigen Kriege und in Versailles französische Siegesbilder aus der trübsten Zeit Deutschlands und obwohl wir im Jahre 1870 die Macht hatten, die letzteren zu zerstören, haben wir sie doch ruhig dart gelessen. Man hat auch den Kulturkampf als Motiv gegen die Vorlage vorgebracht. Wir sind so rücksichtsvoll, solche Ausführungen gern mit anzuhören. (Heiterkeit). Ich glaube, der Kulturkampf hat doch hiermit nichts zu thun. Die Herren vom Zentrum sagen ja immer, dieser Kampf müsse mit geistigen Waffen geführt werden, und hier handelt es sich doch nur um eiserne Waffen? In welchem Zusammenhang soll das stehen? Wenn man nun gar so weit geht, wie der Abg. v. Gerlach in der ersten Lesung es that, indem er sagte, das ganze Land sei in zwei feindliche Lager getheilt, es tobe ein Kampf um die heiligsten Güter der Menschheit, es sei eine Zeit für Trauer und Buße, dann muß ich sagen, daß er mit diesen Auffassungen wohl ziemlich allein im Lande steht. Muß man, weil man die Kompetenz eines Bischofs anders begrenzen will als die gegenwärtige Staatsregierung, auch blind sein für die Großthaten der preußischen Armee? Selbst wenn man den Standpunkt des Abg. v. Gerlach theilt und den Krieg von 1866 für unmotivirt hält, muß man doch anerkennen, daß es immer eine Ehre für eine Armee ist, dem Rufe ihres Kriegsherrn gefolgt zu sein und den Kampf siegreich und schnell beendet zu haben. Man sagt auch, es sei jetzt nicht der richtige Moment für dieses Projekt, da die preußische Armee als solche nicht mehr bestehe, sondern in die deutsche aufgegangen sei. Ich gebe zu, daß der Augenblick des Ueberganges gleich nach dem Kriege ein geeigneterer gewesen sei, aber wenn die Vorlage auch etwas spät kommt, so kommt sie doch nicht zu spät. Aber es sind auch Gründe gegen eine weitere Verzögerung vorhanden. Noch leben die Leiter des Krieges, und eine große Anzahl von dankbaren Männern, welche dieses Werk vollendet sehen möchten, ehe jene Augen sich schließen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Berger abzulehnen und das Gesetz in der Fassung der Budgetkommission anzunehmen. (Beifall).

Die Diskussion wird geschlossen, der Antrag Berger abgelehnt, (dafür nur ein Theil der Fortschrittspartei und des Zentrums) und darauf § 1 nach der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen (dagegen das Zentrum, die Polen und der größte Theil der Fortschrittspartei).

§ 1a. lautet: „Aus der Summe von 4,330,000 Mark wird für das Etatsjahr vom 1. April 1877/78 der Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Die in den folgenden Jahren zu verwendenden Beträge werden durch den Staatshaushaltsetat festgesetzt

Abg. Frhr. v. Heereman: Ich will nur an dieser Stelle meine ästhetischen Bedenken gegen die Vorlage vorbringen. Ich habe nicht das Vertrauen, daß das Zeughaus nach dem in Aussicht genommenen Umbau in seiner jetzigen architektonischen Schönheit erhalten bleibt. Der Geschmack und die Stilfestigkeit der Ingenieure und Architekten Berlins flößt mir nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht das nöthige Vertrauen ein und auch die heutigen Ausführungen des Regierungskommissars haben auf mich nicht die gleiche beruhigende Wirkung geübt wie auf das gläubige Gemüth des Abg. von Benda. Man wird sehr schwer eine Kuppel auf dem Gebäude anbringen können, denn zu einem Hochkuppelbau, der mit der Architektur des Zeughauses harmonirt, passen die Dimensionen desselben nicht. Man sagt aber, man würde die Kuppel von außen nicht sehen. Die Kuppel ist aber ein organischer Theil der Architektur eines Gebäudes, wo sie auftritt und eine schärfere Verurtheilung, als daß man die Kuppel nicht sehen soll, kann man gegen dieses Projekt nicht aussprechen. Und wenn man die verunzierende Kuppel auch von der Straße aus nicht sehen kann, kann man sie auch nicht von der ganzen Front des königlichen Schlosses sehen? Ich glaube auch kaum, daß es möglich sein wird, ein schweres Eisendach in eine harmonische Verbindung mit der schönen Architektur des innern Hofes zu bringen. Ueberhaupt pflegt es immer ein Mißverhältniß zu geben, wenn man in alten Gebäuden moderne Konstruktionen anbringt. Ich fürchte, daß man sich bei diesem Gebäude, wie bei anderen monumentalen Gebäuden in Berlin, z. B. beim Schauspielhause, beim Opernhause und bei der National-Gallerie durch einen niedrigen Eingang wird hineinwinden müssen. Nach alledem halte ich die möglichste Vorsicht bei der Ausführung des Baues für geboten.

Darauf werden § 1a und § 2 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats des Ministerium des Innern. Kap. 89 der Ausgaben enthält im Titel 1 das Gehalt des Ministers 36,000 M.

Abg. v. Lyskowski: Die 2½ Millionen Polen befinden sich ohne ihr Verschulden, obwohl sie willig an den Lasten des Staates Theil nehmen, in einer Ausnahmestellung Man unterdrückte unsere Vereine, denen man nichts strafbares hat nachweisen können, die sich garnicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, zu denen der Zutritt Jedermann freisteht, welche große landwirthschaftliche Erfolge, Ausstellungen 2c. erzielt haben und deren einziges Verbrechen ist, daß in ihnen aus Rücksicht für die Mitglieder der polnischen Sprache die Geschäftssprache ist. Eine gerechte Regierung würde Extravaganzen mit Hülfe des Strafgesetzbuches verhindern, aber die nationale Entwickelung fördern. Ein eklatantes Beispiel der gouvernementalen Praxis bietet der Oberpräsident von Preußen. Derselbe beantragte bei dem Kreisausschuß des Kreises Strasburg die Disziplinaruntersuchung gegen zwei Amtsvorsteher wegen Betheiligung an einer polnischen Versammlung. Der Kreisausschuß lehnte den Antrag ab. Auf Veranlassung des Oberpräsidenten nahm jetzt der Staatsanwalt die Verfolgung in die Hand und hat selbst gegen ein freisprechendes Urtheil des Kreisausschusses appellirt. Die polnischen Unterthanen Preußens müssen sich also ihre verfassungsmäßigen bürgerlichen Rechte bei den Gerichten erkämpfen. Ich muß mich auch beschweren über die Art und Weise, wie der Minister das Gesetz über die Amtssprache zur Ausführung bringt. Uns interessiren darin nur zwei Bestimmungen, die Machtbefugniß des Ministers, einzelne Bezirke von dem Gesetze auszunehmen, und die Bestallung geprüfter und vereideter Dolmetscher. Bis jetzt sind nur einige thorner Bezirke ausgenommen worden, in denen die polnische Bevölkerung keineswegs so überwiegend ist, wie z. B. in Löbau. Wahrscheinlich sind hierfür die Berichte der Landräthe maßgebend, und Löbau hat zur Vernichtung des polnischen Elements erst neulich einen Staatsanwalt zum Landrath bekommen. Die geprüften Dolmetscher werden noch meistens durch Mitglieder der Kreisausschüsse vertreten und so die juristische Ungeheuerlichkeit bewirkt, daß Jemand Richter und Dolmetscher in einer Person ist. Die Polen werden auf alle Weise von der Selbstverwaltung ausgeschlossen, sie sind der Willkür der Behörden überliefert und deshalb ist dieses Haus die letzte Instanz und das einzige Forum für unsere Beschwerden. Wir dürfen sie aber nicht verschweigen, damit man uns nicht sage: Volenti non fit injuria.

Abg. Wehr (Conitz): Es kommt nicht darauf an, wie sich ein Verein nennt, sondern was er treibt, und ein Obertribunalserkenntniß, welches Sie in Oppenhoffs Rechtsprechung Band 7 S. 353 finden, sagt ausdrücklich: „es ist nicht erforderlich, daß der Zweck der Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten im Vereinsstatute ausgesprochen sei“, sondern es genügt für die Anwendung des Gesetzes, wenn der Verein durch sein thatsächliches Verhalten erkennen läßt, daß er eine solche Einwirkung auszuwirken sucht.“ Nun behaupte ich allerdings, daß die landwirthschaftlichen Vereine und Erwerbsgenossenschaften in der That auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wollen. Ihre eigenen Zeitungen sprechen es ausdrücklich und offen aus, die Vereine seien begründet zur Belebung der polnischen Nationalität, zur Stärkung und Hebung des polnischen Nationalgefühls. Ebendasselbe sprach in einem landwirthschaftlichen Vereine der Abg. Lyskowski aus mit den Worten: „Ich bringe Euch von den Großpolen ein herzliches Gotthelf zu den edlen Bestrebungen der Brüder in Westpreußen bezüglich der Hebung der polnischen Nationalität und hoffe, daß sich das Bruderband zwischen beiden immer fester knüpfen werde.“ Solchen Aeußerungen gegenüber thut die Regierung recht und es ist geradezu ihre Pflicht, wenn sie die Vereine überwachen läßt. Wenn ich Ihr schmerzliches Gefühl über den Verfall Ihrer Nation vollständig verstehe, so verstehe ich doch nicht, wie Sie so undankbar sein können, nicht anzuerkennen, wie der preußische Staat Sie in geistiger und materieller Beziehung gehoben hat. Wenn der Abg. Lyskowski sich beklagt, daß gegen Amtsvorsteher die Untersuchung eingeleitet ist, weil sie sich an agitatorischen und politischen Bestrebungen betheiligt haben, so bedaure ich nur, daß diese Herren überhaupt Amtsvorsteher geworden sind. Daß Sie nicht in Kreisversammlungen vertreten sind, darüber können Sie sich nicht wundern bei einer Wahl inmitten einer deutschen Bevölkerung und bei der Gesinnung, welche Sie gegen die Deutschen hegen. Aendern Sie Ihre Handlungsweise, reichen Sie uns die Hand, die Ihnen so oft geboten ist, wirken Sie mit uns in sozialer, politischer und wirthschaftlicher Beziehung zusammen, dann werden Sie frei von der Bewachung der Staatsregierung werden.

Abg. Schlüter bringt einige Beschwerden aus den westlichen Provinzen bezüglich des unberechtigten Eingreifens des Oberpräsidenten von Kühlwetter in die Selbstverwaltung und die langwierigen unnützen Schreibereien, die dadurch hervorgerufen seien, zur Sprache. Der Oberpräsident hat verfügt, daß sämmtliche Anfragen der provinzialständischen Ausschüsse durch die Gemeindevorsteher, den Amtmann, den Landrath und die Bezirksregierung an den Oberpräsidenten gelangen, einmal aus landespolizeilichem Interesse, dann auch um besonders bei Subventionirung von Gemeinden für den Wegebau und dergl. ein Urtheil abgeben zu können. Das ist doch keine Selbstverwaltung mehr. Und trotz dieser Einmischung der Regierung ist in den letzten Jahren so schlecht gewirthschaftet worden, daß die Provinz in der Lage sein wird, in den nächsten Jahren jedes Jahr zu 40—60,000 Mk. zur Verbesserung der Brücken aufzuwenden. (Hört! hört! links.)

Minister Graf zu Eulenburg: Die Sachlage ist mir durch den Vortrag des Vorredners nicht ganz klar geworden; ich habe auch sonst von dem Erlaß des Oberpräsidenten gehört; möge man sich doch an mich wenden und Remedur verlangen. Aus den Aeußerungen des Vorredners kann ich keinen Anhalt dazu entnehmen.

Abg. Schröder (Lippstadt): Ich will nicht die Streichung dieses Titels beantragen, sondern nur die Hoffnung aussprechen, daß diese 36,000 Mk. die letzten sein mögen, die der gegenwärtige Minister in Aktivität aus den Staatsfonds bezieht. (Bewegung.) Ich muß zunächst bemerken, daß ich mich geirrt habe, wenn ich neulich sagte, der Abg. Wehrenpfennig habe den Landrath von Landsberg-Steinfurt als ultramontanen dem Minister denunzirt: er hat nur von den vielen ultramontanen Landräthen im Allgemeinen gesprochen. Der Abg. Lasker hat die von mir neulich gebrauchte Bezeichnung des Kirchengerichtshofes gemißbilligt; ich werde beim Etat noch weiter darauf eingehen, will ihn aber nur an die Twestensche Rede gegen den höchsten ordentlichen Gerichtshof des Landes erinnern, gegen welche meine Aeußerungen doch die eines Lammes waren. Wenn der Abg. Lasker ferner von den Klügeren meiner Partei gesprochen hat, die ihre Karte nicht aufdeckten, so nehme ich zuvörderst an, daß ihm der animus injuriandi fern gelegen habe, daß vielmehr seine Aeußerung nur eine Folge seiner pädagogisirenden Reizung war (Heiterkeit). Wir reden eben in Wahlreden nicht anders als hier, wir reden namentlich nicht grün und stimmen dann blau. Was die aufgedeckten Karten angeht, so spielen wir alle aufgedeckte und haben noch lange nicht den letzten Trumpf ausgespielt; der allerdings kann nicht aufgedeckt spielen, der keine Trümpfe hat und der schließlich doch einsieht, daß er nur bedienen muß (Heiterkeit im Zentrum). Ich bitte also den Abg. Lasker, mit mir nicht zu streng ins Gericht zu gehen; wenn ich seine staatsmännische Redeweise annehmen wollte, würde ich in meinem Wahlkreise nicht wieder gewählt werden, und er kann mir doch nicht zumuthen, daß ich seinetwegen meinen Sitz aufgeben sollte. (Heiterkeit.) Das weite Feld der Thätigkeit des Ministers des Innern ist nunmehr nur noch ein wüstes Feld, bedeckt mit den Trümmern der freiheitlichen Institutionen. In allen Erlassen und Reden des Ministers wird nur die Lehre vom beschränkten Unterthanenverstande gepredigt. Das Beschwerderegister gegen den Minister des Innern ist so lang, länger als das bekannte von Leporello. (Heiterkeit.) Ich will nicht auf Alles eingehen, sondern nur die Bestätigung von Bürgermeistern herausgreifen. Der Bürgermeister von Valendar fühlte das Bedürfniß, zur Beichte zu gehen; die Folge war, das er seinen Beichtvater denunzirte, weil er ihm die Absolution verweigerte. Der Beichtvater wurde verurtheilt und die Bürger von Valendar mußten diesen Bürgermeister nicht nur noch länger behalten, sondern er wurde auch mit dem rothen Adlerorden oder Kronenorden 4. Klasse dekorirt. Ich weiß nicht, ob post hoc hier auch propter hoc ist; aber jedenfalls dürfte es auch nicht einmal post hoc geschehen. Die Sache wird dadurch bedenklich, daß das Obertribunal in einem gleichen Falle entschieden hat, daß das Gesetz über den Gebrauch der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel auch auf die Ohrenbeichte Anwendung findet. Der Vertheidiger war geradezu entsetzt über dieses Urtheil, und wenn wir in normal anständigen Zuständen lebten, hätte der Staats-

anwendet eine solche Denunziation als Zeichen einer großen Gemeinheit des Charakters abweisen sollen. Dann hat der Minister den Herrn Tripp als Bürgermeister von Solingen nicht bestätigt, die Folge war, daß dort ein Sozialdemokrat gewählt ist, der auch vielleicht den Reichstag als Alterspräsident eröffnen wird. (Heiterkeit.) Es ist ein großer Fehler, die Sozialdemokraten als eine Lumpenbande zu betrachten, die nur auf Raub und Diebstahl ausgeht und gegen die man Säbel und Flinten anwenden müsse. Wenn ich Kriegsminister wäre und der Minister des Innern verlangte von mir Säbel und Flinten, so würde ich im Interesse des Staats gegen diese Forderung auftreten. Denn wenn die 500,000 sozialdemokratischen Wähler und die übrigen Sozialdemokraten unter 25 Jahren alle todtgeschossen sind, wer soll dann die Armee ernähren und woher soll sie sich rekrutiren. Wenn man einen Portepeefähnrich von 17 Jahren fragte: was würdest Du gegen die Sozialdemokraten thun, und er sagte: Ich würde die Kanaillen todtschießen, so würde ich ihm auf die Schulter klopfen und ihm sagen: Brav, mein Sohn! Du kannst noch einmal Minister werden! (Große Heiterkeit) Wenn ich aber vom Ministertische aus das höre, dann muß ich sagen, das Avancement könnte umgekehrt stattfinden. (Heiterkeit) Die Nichtbestätigung des Bürgermeisters Kauffmann von Bonn hat zu einer Interpellation Veranlassung gegeben und die Regierung sah sich nicht veranlaßt eine Antwort zu ertheilen; das Haus war so perplex, daß es keine Besprechung der Sache vornahm. Herr Kauffmann war 24 Jahre Oberbürgermeister und wurde einstimmig wiedergewählt, aber nicht bestätigt, weil er nicht erklären wollte, daß er die Maigesetze mit Freuden ausführe. In den Wahlaufrufen der liberalen Parteien steht immer soviel vom Partikularismus. Woher kommt denn der Partikularismus besonders im Süden? Weil die Süddeutschen befürchten, daß man ihnen preußische Zustände aufzwingen wolle. In Baiern kann es nicht vorkommen, daß die Bürgermeister nicht bestätigt werden; die Wahl desselben geht der Regierung dort nichts an. Ist es nun nicht ganz natürlich, daß die Bürger von Bonn sich wundern, daß der Kulturkampf in alle Verhältnisse eindringt und daß sie den Grund nicht einsehen können, weshalb ihr alter Bürgermeister, der die Kommunalverwaltung zur Zufriedenheit Aller leitete, nicht wieder bestätigt werden sollte. Aber der Minister des Innern will ja Kulturkampf a tout prix, denn die Herren leben ja vom Kulturkampf; wo sollten sie denn sonst eine Majorität im Hause herbekommen. Nach allem Diesem kann ich Sie nur bitten, das Gehalt des Ministers zu bewilligen. (Heiterkeit).

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich glaube nicht, daß das Haus sich auf den Standpunkt stellen wird, wie das der Vorredner zu thun schien, nämlich nach der Zahl der tausend Mark, die ich während meiner Amtsperiode bezogen habe, meine Verdienste und die Wünsche nach meinem Rücktritt abzumessen. (Sehr wahr!) Das aber versichere ich Ihnen, den Wunsch des Vorredners, daß die in diesem Etat für mich eingesetzten 36,000 Mark die letzten sein möchten, die ich beziehe, diesen Wunsch theile ich viel heißer, als er vielleicht je aus der Brust des Vorredners hervorgekommen sein mag. (Bravo im Centrum). Was die Frage der Nichtbestätigung von Bürgermeistern betrifft, so ist das hundert Mal hier vemilirt worden, so daß ich nichts Neues für die Grundsätze, die die Regierung hierbei geleitet haben, anführen kann. Von dem Fall, der in Valendar vorgekommen sein soll, habe ich nicht die leiseste Erinnerung; derselbe muß schon lange Zeit zurückliegen. Aber die Herren Tripp und Kauffmann in Solingen und Bonn, die sind beide mit meinem vollen Bewußtsein und auf meinen Antrag nicht bestätigt worden und in beiden Fällen halte ich diese Nichtbestätigung für durchaus gerechtfertigt und den Wünschen aller verständigen Leute in beiden Kommunen entsprechend (Rufe: Oho!). Dies ist ganz bestimmt in Bonn der Fall, meine Herren, und war es auch in Solingen. Nun glaubt der Vorredner einen Angriff gegen mich dahin, die Folge der Nichtbestätigung Tripps in Solingen sei die Wahl eines Sozialdemokraten jetzt in diesem Augenblick gewesen, während der Grund einfach darin liegt, daß die Ultramontanen in hellen Haufen für den Sozialdemokraten gestimmt haben. (Widerspruch im Centrum. Sehr wahr! links.) Noch Eins. Der Vorredner hat — ich weiß nicht, ob er Mitglied des Reichstages war — sich gegen das gewandt, was ich im vorigen Jahre über die Sozialdemokratie vorzubringen Gelegenheit hatte. Entweder ist er nicht anwesend gewesen oder hat nicht gelesen, was ich gesagt habe. Niemals ist es über meine Lippen und in meine Gedanken gekommen, die Sozialdemokraten als ein zusammengelaufenes Gesindel anzusehen, welches nichts Anderes verdiente, als mit Säbel und Schießgewehr behandelt zu werden. (Rufe im Zentrum: Die Flinte schießt! Der Säbel haut!) Was ich damals sagte, hatte eine Bedeutung, die heute vielleicht schon in einem ansprechenderen Licht erscheinen mag, als sie damals allgemein aufgenommen wurde. Ich führte damals aus, daß die Sozialdemokratie ursprünglich vielleicht von ganz berechtigten sozialen Forderungen ausgehend, sämmtliche Institute des Staates, des monarchischen sowohl, wie jedes Staates überhaupt aufheben will von Grund und Wurzel aus und etwas Neues aufbauen die Absicht hat, wovon kein Mensch in seinem Gehirn so eine Vorstellung machen und was nur immer als allgemeines Ideal aufgestellt werden kann. Ich habe gesagt, darin liegt die Gefahr, und wenn wir nicht bei Zeiten der Ausbreitung dieser verrückten Schwärmerei entgegentreten, so werden wir mit Säbel und Flinte dreinfahren müssen. Dies war meine Deduktion, und bei dieser Deduktion muß ich um so mehr bleiben, wenn ich sehe, wie sich die Sachen entwickelt haben. Behandeln wir doch diese Frage nicht so mit einzelnen Schlagwörtern oder glauben wir nicht, daß wir über dieses Schauspiel, was sich vor uns entwickelt, so mit leichter Mühe hinwegkommen werden! Die Frage liegt ungeheuer tief, sie ist ein wirklicher Schaden unserer sozialen, staatlichen und parteilichen Zustände. Ich glaube, daß die Sozialdemokratie sich nicht herausgebildet hätte, wenn sie nicht ihren Ursprung geschöpft hätte aus anderen Parteien (Rufe: Namen!), deren Essenzen als Gift auf sie herab geträufelt sind (Heiterkeit.) Es ist mir gesagt worden von Seiten der Fortschrittspartei, ich sei der eigentliche Schöpfer der Sozialdemokratie, ich hätte sie vor 6 bis 7 Jahren nicht genug unterdrückt. Nun gut! Das ist eine Behauptung, die ich für absolut unrichtig halte, die aber auch nicht den geringsten Anklang sonst gefunden hat. Aber dabei bleibe ich stehen, wir sind dieser Bildung in unserem Staatsleben gegenüber in der äußersten Vorsicht verpflichtet und wozu noch mehr? Zum Zusammenschluß aller derjenigen Elemente im Staate, welche berufen sind stark genug sind, den Staat als solchen, den monarchischen Staat, den christlichen (Ruf im Zentrum: Kulturkampf!) aufrechtzuerhalten gegen seinen Umsturz zu schützen. Glauben Sie nicht, daß Sie durch ewiges Rütteln an der Rechtsbeständigkeit rite zu Stande gekommener Gesetze, durch ewigen Vorwurf, wir fänden am Kulturkampf Freude, das Leben, und durch diese fortwährende Erregung der Gemüther auf einem Felde, was ja so leicht zugänglich ist — glauben Sie nicht, daß Sie auch den Sozialdemokraten die Wege bahnen? (Unruhe im Centrum). Für die jetzigen Zustände gehört eine ernstere Stimmung, als diejenige, welche der Herr Vorredner immer zur Schau trägt. (Sehr richtig! Beifall).

Abg. Kantak beklagt sich lebhaft darüber, daß der Minister des Innern mit keinem Worte auf die Beschwerden des Abg. Gostowski geantwortet habe. Die Polen verlangen nichts, als daß man sie auf gleichem Fuße und mit gleichem Maße behandele, wie die preußischen Bewohner deutscher Nationalität. Über die Ungleichheit der Behandlung und die Gesetzesverletzung von Seiten der Regierung gegen die Polen, erbittern die Gemüther und haben die Agitationen in den polnischen Landestheilen als eine Nothwehr im Gefolge. Zu einer solchen Erbitterung werde auch das beharrliche hartnäckige Schweigen des Ministers des Innern nicht wenig beitragen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die Position bewilligt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Antrag Reichensperger, betreffend die Beschlagnahme der Pfarrdotalgüter, Antrag Schmidt (Sagan) wegen Einstellung der Erhebung von Brückenzöllen; Wahlprüfungen.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, den 6. Februar.

— Wie man aus Karlsruhe berichtet, hat General v. Werder den Kaiser um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten.

— Sr. Majestät Schiff „Elisabeth", welches am 24. November 1876 St. Vinzent verlassen hatte, ist am 28. Dezember in Capstadt eingetroffen und hat am 5. Januar c. die Weiterreise nach Singapore angetreten.

— Die 7. Kriminaldeputation des Stadtgerichts verhandelte am Sonnabend eine auf Unbrauchbarmachung der im Verlage der Volksbuchhandlung zu Zürich erschienenen Broschüre „Der Zeitgeist", in welcher eine Reihe von Majestätsbeleidigungen, Gotteslästerungen und Verstößen gegen § 130 des Strafgesetzbuches befunden wurde. Das Urtheil lautete nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Unbrauchbarmachung der inkriminirten Stellen. Zu dem Termine waren die sozialdemokratischen Agitatoren, Reichstags-Abgeordneter Fritzsche, Buchhändler Rackow und der Schriftsetzer Mielke als Beschlagnahme-Interessenten vorgeladen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. Februar.

— Oberstlieutenant v. Manthey im Generalstabe des 5. Armeecorps ist zum Abtheilungschef im großen Generalstabe ernannt worden.

r. In Betreff des Etatsjahrs für die Schulkassen, welches in Folge des Gesetzes vom 29. Juni 1876 ebenso, wie das Etatsjahr für den Staatshaushalt und sämmtliche Staatskassen, künftig vom 1. April bis ult. März jeden Jahres festgestellt wird, hat die hiesige königliche Regierung mit Hinweis darauf, daß die Repartition der Schulunterhaltungsbeiträge fast durchweg nach dem Maßstabe der Klassen- und Einkommensteuer erfolgt, unter dem 31. Januar d. J. folgende Verordnung erlassen:

1) Vom 1. April 1877 beginnt das Etats- und Rechnungsjahr für alle zu unserem Ressort gehörigen Schulkassen mit dem 1. April jeden Jahres und schließt mit dem 31. März des folgenden Jahres.

2) Die Schulkassen-Rechnungen, einschließlich derjenigen über den Schulversäumniß-Strafgelderfonds werden, künftig nicht für das Kalenderjahr, sondern für das neue Etatsjahr gelegt.

3) Für das Vierteljahr vom 1. Januar bis ult. März 1877, welches eine besondere Etatsperiode bildet, wird keine besondere Rechnung gelegt; vielmehr ist die Rechnung für dieses Quartal mit derjenigen pro 1876 zu verbinden, und als Soll für dieses Quartal der 4. Theil des Jahressolls pro 1876 vorzutragen.

4) Der Termin zur Legung der Schulkassen-Rechnungen wird in Abänderung des § 24 der Schulinstruktion vom 21. Oktober 1842, vom 15. Februar auf den 15. Mai jeden Jahres verlegt. Ebenso werden die Termine für die Einreichung der Schulrechnungs-Extrakte resp. der Uebersichten über das Rechnungswesen der Landschulen um 3 Monate verlängert, so daß die Rechnung pro 1. Januar 1876 bis ult. März 1877 am 1. Mai 1877 zu legen ist.

5) Diejenigen Schuletats, welche vom 1. Januar 1877 ab noch ein oder mehrere Jahre laufen, bleiben in Giltigkeit und ist ihre Erneuerung vor dem 1. April des letzten Etatsjahres zu beantragen.

r. **Der Schulamts-Kandidat Dr. Diebitsch** ist als ordentlicher Lehrer am königlichen Gymnasium zu Ostrowo angestellt worden.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Hamburg**, 6. Febr. Der Aufsichtsrath der anglo-deutschen Bank beschloß heute, keine Dividende pro 1876 zu vertheilen, da der Reingewinn von 598,807 M. durch Einbußen bei industriellen Unternehmungen, woran die Bank betheiligt, nahezu absorbirt ist. Dem Antrage an die bevorstehende ordentliche Generalversammlung, eine Reduktion des Aktienkapitals auf 9 Millionen vorzunehmen und eine Herabsetzung der Aktien von 400 auf 300, sowie einen Zurückkauf von 2500 Aktien zum Kurse von höchstens 50 pCt. zwecks Amortisation eintreten zu lassen, wird der Aufsichtsrath zustimmen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Pritzwalk, 6. Februar. Bei der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause wurde Fabrikbesitzer Dr. Burg (liberal) mit 184 von 335 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat, Präsident Persius (neu-konserv.) erhielt 151 Stimmen.

Dresden, 6. Februar. Nach einer im „Dresd. Journ." veröffentlichten Bekanntmachung ist der Ausbruch der Rinderpest in einem Gehöfte bei Dresden konstatirt. Die nöthigen Maßregeln zur Unterdrückung der Seuche und gegen die Weiterverbreitung derselben sind angeordnet.

Stuttgart, 6. Februar. Der König hat heute die Ständeversammlung mit einer Thronrede eröffnet, in der zunächst des Todes des Herzogs Eugen und dann der Verlobung des dem Throne zunächst stehenden Agnaten, Prinz Wilhelm, mit der Prinzessin Marie von Waldeck gedacht wurde. Das Werk einer zeitgemäßen Revision der Verfassung werde von der Regierung weitergeführt werden, die bisher erzielten Ergebnisse berechtigten zu der Hoffnung eines ferneren Gelingens. Wichtige Gesetzvorlagen in Bezug auf das Gemeindeleben und die Bezirksverwaltung würden die Prüfung der Stände in Anspruch nehmen, um in der Gemeinde- und Amtsverwaltung die Grundsätze der Selbstverwaltung weiter zu entwickeln. Die Ausführung der Reichsjustizgesetze, die dem Ziele einer deutschen Reichseinheit nahe geführt hätten, machten mehrere andere Vorlagen nothwendig. Die der Ständeversammlung gestellten Aufgaben seien schwierig, stellten aber auch lohnende Ziele in Aussicht.

Wien, 6. Februar. Wie die Presse meldet, hat das Konsortium für die Emission der neuen Goldrente den effektiven Goldbetrag für 40 Millionen Goldrente bereits in die Staatskasse eingezahlt. — General Ignatieff ist gestern Nachmittag hier eingetroffen.

Rom, 6 Febr. Nach einer Meldung des Journals „Italie" trifft heute ein Spezialgesandter Frankreichs hier ein, um die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Frankreich und Italien auf neuen Grundlagen wieder aufzunehmen. — Der neu ernannte österreichische Botschafter am italienischen Hofe, Freiherr v. Haymerle, überreichte heute dem Könige seine Kreditive in Anwesenheit der Minister sowie des Militär- und Zivil-Hofstaates des Königs. Der Botschafter machte sodann dem Kronprinzen und der Kronprinzessin seine Aufwartung. Der Empfang war ein sehr herzlicher und wurden von beiden Seiten Versicherungen der zwischen Oesterreich und Italien herrschenden freundschaftlichen Beziehungen ausgetauscht.

London, 6. Februar. Nach hier eingegangenen Privatdepeschen aus Durham wird dort der Ausbruch eines Strikes der Kohlengruben-Arbeiter befürchtet, da dieselben die von den Grubenbesitzern beabsichtigte Lohnherabsetzung nicht akzeptiren wollen.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Matt aber ziemlich belebt. Course fast durchweg niedriger.

[Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204,42. Pariser Wechsel 81,33. Wiener Wechsel 164, 50. Böhmische Westbahn 140. Elisabethbahn 110. Galizier 173¼. Franzosen*) 196¼. Lombarden*) 62½. Nordwestbahn 95½. Silberrente 55⅞. Papierrente 51¼. Russische Bodenkredit 82. Russen 1872 85¼. Amerikaner 1885 102¼. 1860er Loose 98¾. 1864er Loose 255,70. Kreditaktien*) 121. Oesterr. Nationalbank 688, 00. Darmst. Bank 100⅜. Berliner Bankver. —. Frankf. Wechselbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 70⅝. Hess. Ludwigsbahn 95½. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 141, 00. Ung. Schatzanw. alt 82⅞. do. do. neue 80½. do. Ostb.-Obl. II. 57⅜. Centr.-Pacific 99¾. Reichsbank 156½. Goldrente —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 120⅝, Franzosen 196⅛, Galizier —, Reichsbank —, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Abends Effekten-Sozietät. Kreditaktien 120½, Franzosen 196½, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Goldrente 61, Galizier 173½. Reichsbank —, Nationalbank —, Ungarische Staatsloose —, —. Ziemlich fest.

Wien, 6. Februar. Dem türkischen Ministerwechsel gegenüber war die Börse anfangs unschlüssig, später ermattete die Tendenz auf berliner Course und auf Gerüchte von neuen bezüglich des Bankausgleichs hervorgetretenen Schwierigkeiten. Gold steif. Deport für Kreditaktien fiel von 6—1 Fl.

[Schlußkurse.] Papierrente 62, 55. Silberrente 68,20. 1854er Loose 108,00. Nationalbank 836,00. Nordbahn 1815. Kreditaktien 146,90. Franzosen 238,00. Galizier 209,00. Kasch.-Oderberg 87,00. Pardubitzer —, —. Nordwestb. 116,00. Nordwestb. Lit B. —. —. London 124.50. Hamburg 60,60. Paris 49,35. Frankfurt 60,60. Amsterdam 103,25. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 162,50. 1860er Loose 110,50. Lomb. Eisenb. 76,25. 1864er Loose 134,80. Unionbank 53,75. Anglo-Austr. 77,00. Napoleons 9,84. Dukaten 5,83. Silbercoup. 115,00. Elisabethbahn 133,20. Ung. Prämienanl. 74,50. Marknoten 61,00.

Türkische Loose 18,20. Goldrente 74,50.

Wien, 6. Februar. Abendbörse. Kreditaktien 147,20, Franzosen 237,75, Lombarden 77,00, Galizier 209,50, Anglo-Austr. 77,00, Silberrente —, —, Papierrente 62,55, Goldrente 74,40, Marknoten 60,97½, Nationalbank 833,00, Napoleons 9,91½. Unentschieden.

Paris, 6. Februar. Börse matt, Schluß unentschieden. Nachbörse fester. 3prozent. Rente 72,35, Anleihe de 1872 105,70.

[Schlußkurse.] 3pCt. Rente 72,25, Anleihe de 1872 105,52½, Italienische 5proz. Rente 71,30, do. Tabaksaktien —, —. do. Tabaksobligationen —, —. Franzosen 483,75. Lombard. Eisenbahn-Akt. 163,75, do. Prioritäten 231,00, Türken de 1865 11,80. do. de 1869 63,00, Türkenloose 35,00.

Crédit mobilier 155, Spanier extér. 11⅝. do. intér. 10⅞, Suezkanal-Aktien 655, Banque ottomane 373, Societe generale 520 Credit foncier 605, Egypter 193. — Wechsel auf London 25 13½

Paris, 5. Februar, Abends. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 72,62½, Anleihe de 1872 105,82½, Türken de 1865 12,10, Egypter —, —, Banque ottomane 378,00, Italiener 71.50. Matt.

London 5. Februar. Konsols 95 11/16 Italien. 5proz. Rente 71½, Lombarden 6½. 3prozent. Lombarden-Prioritäten alte —. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9½. 5proz. Russen de 1871 83½. do. do 1872 83½. do. 1873 82⅛. Silber 57 11/16. Türk. Anleihe de 1865 12 7/16. 5proz. Türken de 1869 13½ 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105⅝. do 5proz. fund. 107⅝. Oesterr. Silberrente — Oesterr. Papierrente — 6proz. ungar. Schatzbonds 83½. 6proz. ung. Schatzbonds II Emiss. 79½ 6proz. Peruaner 18½ Spanier 11¾. Platzdiskont 1¼ pCt.

Aus der Bank flossen heute 74,000, Pfd. Sterling.

Newyork, 5. Februar. (Schlußkurse.) Höchste Notirung des Goldagios 5¾, niedrigste 5⅛. Wechsel auf London in Gold 4 D. 85 C. Goldagio 5¾. 6/20 Bonds per 1885 108½. do. 5proz. fundirte 111. 6/20 Bonds per 1887 113⅛. Erie-Bahn 9⅝. Zentral-Pacific 108. Newyork Zentralbahn 101½.

Produkten-Course.

Hamburg, 6. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko und auf Termine ruhig. Roggen loko flau auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 220 Br., 219 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 223 Br., 222 Gd. Roggen pr. April-Mai 159 Br., 158 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 159 Br., 158 Gd. Hafer still, Gerste flau. Rüböl ruhig, loko 75, pr. Mai pr 200 Pfd 74½ Spiritus still, pr. Ferbuar 44½, pr. März-April 44¼ pr. Mai-Juni 44½, pr Juli-August pr. 100 Liter 100 pCt. 46. Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sack. Petroleum still, Standard white loko 19,25 Br., 18,50 Gd., pr. Februar 18,25 Gd., pr. August-Dezember 18,00 Br. — Wetter: Sehr schön.

Köln, 6. Februar. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 23,25, fremder loko 22,00, pr. März 21,05, pr. Mai 22,50. Roggen, hiesiger loko 17,75, pr. März 16,00, pr. Mai 16,40. Hafer loko 17,00, pr. März 16,60, pr. Mai 16,90 Rüböl, loko 39,00. pr. Mai 36,90, pr. Oktober 35,00.

Paris, 6. Febr. Produktenmarkt. (Schlußbericht). Weizen behaup., pr. Februar 27,75, pr. März 28,00, pr. April 28,50, pr. Mai-Juni 29,25. Mehl steig., pr. Februar 61,50, pr. März 62,00, pr. April 62,75, pr. Mai-Juni 64,50. Rüböl behauptet, pr. Februar 93,50, pr. April 94,75, pr Mai-August 94,75, pr. September-Dezember 91,25. Spiritus steig., pr. Februar 62,25, pr. Mai-August 63,25 — Wetter: Schön.

Paris, 6. Februar. Rohzucker steig., Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 75,00, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 82,00 Weißer Zucker steig., Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Februar 84.75, pr März 85,75, pr. April 84,75, pr. Mai-August 85,50.

Bremen, 5. Februar. Petroleum ruhig. (Schlußbericht). Standard white loko 19,50, pr. Februar 19,25, März 18,00.

Liverpool, 6. Februar. Baumwolle: (Schlußbericht). Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Matt. Preise unregelmäßig. Ankünfte träge, stetig.

Antwerpen, 5. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht. Weizen ruhig. Roggen matt. Hafer stetig. Gerste befestigt.

Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko 50 bez. und Br., pr. Februar 48 Br., pr. März 44 Br., pr. April 44 Br. per September 47 Br. Weichend.

London, 5. Februar. Die Getreidezufuhren vom 27. Januar bis zum 2. Februar betrugen: Engl. Weizen 3451, fremder 38,904, engl. Gerste 3324, fremde 14,661, engl. Malzgerste 21,225, fremde —, engl. Hafer 1330, fremder 46,309 Qrts. Engl. Mehl 20,320 Sack, fremdes 1813 Sack und 2785 Faß.

London, 6. Februar. Havannazucker stetig.

Manchester, 6. Februar. 12r Water Armitage 8¾, Water Taylor 9¼, 20r Water Micholls 10¼, 30r Water Gidlow 11¼, 30r Water Clayton 11¾, 40r Mule Mayoll 11½, 40r Medio Wilkinson 13¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 11¾, 40r Double Weston 16, 60r Double Weston 16, Printers 16/16 34/50 8¼pfd. 111. Markt ruhig.

Bradford, 5. Februar. Wolle und Wollenwaaren In Wolle geringes Geschäft, bei matter Tendenz, Preise unverändert. Andere Artikel schwach.

Glasgow, 6. Februar. Roheisen. Mixed numbres warrants 56 Sh. 6 d.

Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 5200 Tons, gegen 6300 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Produkten-Börse.

Berlin, 6. Februar Wind: N. Barometer: 28,4. — Thermometer 3° R. Witterung: Schön.

Weizen loko per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Qual. gef., per diesen Monat, April-Mai 221,00—222,00 bez., Mai-Juni 222,5 bis 223,5 bez., Juni-Juli 224,00—224,5 bez. — **Roggen** loko per 1000 Kilogr. 158—183 nach Qualität gef., russischer 160—163 ab Boden bez., neuer do. und poln. 158—167, neuer inl. 176—183 ab Bahn bez., def. u. russ. — bez., per diesen Monat 161,00—161,5 bezahlt, per Febuar-März do., per April-Mai 163,00—164,00 bez., Mai-Juni 161,5—162,00 bez., Juni-Juli 160,5—161,00 bez. — **Gerste** loko 1000 Kilogr. M. 127—180 nach Qual. gef. — **Hafer** loko 1000 Kilgr. 120—165 nach Qual. gef., ost- und westpreuß. 135—155, russischer 125—150, neuer pommerscher 160—162, neuer schles. 153—162, galiz. —, böhm. 155—163. ungar. 137—140 ab Bahn bez., defekter — bz., per diesen Monat, April-Mai 153,5—154,00 bez., Mai-Juni 155,00 bez., Juni-Juli —. — **Erbsen** per 1000 Kilgr. Kochwaare 150—186 nach Qualität, Futterwaare 135—165 nach Qual. — **Raps** per 1000 Kilogr. —. — **Rübsen** —. — **Leinöl** loko per 100 Kilo 100 Kilo ohne Faß 61,00 M. — **Rüböl** per 100 Kilogr. loko ohne Faß 73,00 bez., mit Faß per diesen Monat 73,00 bez., Febrruar-März do., April-Mai 73,5—73,00 bez., Mai-Juni 72,500—72,3 bez., per September-Oktober 68,5 bez., Oktober-Novbr. —. — **Petroleum** (raff.) (Stand. white) 100 Kilogr. mit Faß loko 44,00 bez., per diesen Monat 37,4--37,00—37,1 bez., per Februar-März 34,00 bez., März-April —, April-Mai —. — **Spiritus** per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 53,1—53,2 bez., per diesen Monat 53,6—53,8 bez., per Februar-März do., März-April —, per April-Mai 54,8—55,2 bez., per Mai-Juni 55,1—55,5 bez., per Juni-Juli 56,2—56,5 bez., per Juli-August 57,3—57,5 bez., per August-September 57,8—58,00 bez. — **Mais** per 1000 Kilo loko neuer 124—130 bez., alter 130—138 nach Qual. gefr., neuer Mold., alter Mold., neuer ung. —. — **Roggenmehl** Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm Brutto inkl. Sack per diesen Monat 23,40—23,50 bez., Februar-März 23,15 bis 23,25 bez., März-April 23,20 bez., April-Mai 23,05—23,10 bez., Mai-Juni 23,10—23,15 bez., Juni-Juli 23,10—23,15 bez. — **Mehl** Nr. 0 29,50—27,50, Nr. 0 und 1 27,50--26,50, Roggenmehl Nr. 0 25,50 bis 23,50, Nr. 0 und 1 23,00—22,00 per 100 Kil. Brutto inkl. Sack. (B.- u. H.-Z.)

Stettin, 6. Februar. An der Börse. (Amtlicher Bericht). Wetter: Leicht bewölkt. + 4 Grad R. Barometer 28,5. Wind: WNW.

Weizen unveränd., per 1000 Kilo loko gelber inländ. 175—207 M., feiner 210—217 M., geringer — M., weißer — M. per Frühjahr 220 M. bez., per Mai-Juni 221,5—221 M. bez., per Juni-Juli 223 Mark bz., pr Juli-August — M. bez — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländischer 180—183 M., russischer neuer 158—160 M., alter 154—156 M., per Frühjahr 158—175,5—158 M. bez., per Mai-Juni 158—157,5 M. bez., per Juni-Juli 157,5 M. bez. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loko Malz- 158—166 M., Futter- 125—135 M. — Hafer stille, per 1000 Kilo loko 140—157 M., per Frühjahr 152 M. Gd., per Mai-Juni — M. bez. — Erbsen unv, per 1000 Kilo loko Futter- 144—148 M., Koch- 150—152 M., Frühjahr — M. bez. — Winterrübsen niedr., per 1000 Kilo per Sept.-Okt. 306 M. Br. — M. G. — Winterraps pr. 1000 Kilo loko — M. bez. — Rüböl niedr, per 1000 Kilo loko ohne Faß flüssiges 74 M. Br., per Februar-März 72 Mark Br., per April-Mai 73 M. bz. u. Br., per Sept.-Okt. 67,5 M. Br. — Spiritus etwas fester, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Faß 52 M. bz., per Februar 52,6 M. Br. u. Gd., per Frühjahr 54—54,2 M. bez., per Mai-Juni 55—55,2 M. bez.. per Juni-Juli 56,1 M. Br. u. Gd., per Juli-August 56,9 M. Br. u. Gd., per August-September 57,7 Mark Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreis für Kündigungen: Rüböl 74 M., Spiritus 52,6 M. — Petroleum loko 19,75—19,6 M. bez. Regulirungspreis 19,6 M., Februar 18,5 Mark bez. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 6. Februar. [Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.] **Kleesaat** rothe ruhig, ord. 51—56, mittel bis 64, fein 67—73, hochf. 76—79. — **Kleesaat** weiße matt ord. 51—59, mittel 62—69, fein 72—77, hochfein 79—83. — **Roggen** (per 2000 Pfd.) behauptet. Gek. — Ctr. — Abgel. Kündigungssch. —, per Februar u. per Febr.-März 151 Gd, per März-April —, per April-Mai 157 bez., per Mai-Juni 160 Br., per Juni-Juli —. **Weizen** 197 Br., per April-Mai 205 Br. Gek. — Ctr. — **Hafer** 136 Br., per April-Mai 139 Br. u. Gd., Mai-Juni —, Gek. — Ctr. — **Raps** 330 Br.. Gek. — Ctr. — **Rüböl** geschäftslos. Gekündigt — Ctr. Loko 74,00 Br., per Febr. u Febr.-März 72,50 Br., März-April —, per April-Mai 72,50 Br., Mai-Juni 72 Br., Sept.-Okt 67,50 Br. — **Spiritus** matter. Gek 5000 Liter, loko 50,20 Br., 49,20 Geld, per Februar u. per Februar-März 51,30—51,20 bez., März-April —. per April-Mai 52,40 bez. u. Br., Mai-Juni 53,50 Br. — **Zink**: Ohne Umsatz. (B. u. H.-Bl.)

Die Börsen-Kommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
6. Febr.	Nachm. 2	28" 0''' 77	+ 3 5	NW 2-3	trübe Cu-St. Ni.
6. "	Abnds. 10	27" 11''' 77	+ 1 2	WSW 2	trübe St.
7. "	Morgs. 6	27" 8''' 53	+ 2 0	SW 2	bed. Ni. Regen.

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 5. Februar Mittags 1,24 Meter.
" 6. " " 1,26 "

Berlin, 6. Februar. Die fremden Plätze hatten gestern Abend einheitlich matte Tendenz gesandt, welcher sich auch die heutige wiener Vorbörse anschloß. Die Spekulation hatte sich in der Vorwoche allerdings über die politischen Ereignisse, deren Bedeutung überhaupt nur geringfügig war, hinwegsetzen können. Doch seit gestern vermag die Hausse-Partei nicht mehr sich dem Einflusse der einlaufenden politischen Beunruhigungen zu entziehen. Aus Konstantinopel war die Absetzung Midhat Paschas gemeldet und hatte hier vorübergehend eine nicht ungünstige Aufnahme gefunden. Man wollte darin ein Zugeständniß gegen Rußland sehen. Doch die Meldung aus Wien „matt auf Konstantinopel" und die unklaren Aeußerungen der londoner Morgenblätter verstimmten. Die Course setzten sofort niedriger ein. Kreditaktien büßten 4½ Mark, Franzosen 3½ Mark, fremde Renten, besonders russische Anleihen und österreichische Renten so wie Italiener ½—¾ pCt. ein. Doch fanden sich zu den herabgesetzten Coursen schnell Käufer, größtentheils für Deckungen, denen eine rasche und nicht unbeträchtliche Erholung folgte. Die bedeutendsten Schwankungen vollzogen sich in Kreditaktien und Franzosen, fremden Renten und Loosen, Laurahütte und Diskonto-Kommandit-Antheilen, so wie in Galiziern, die gegen baar gehandelten Werthe lagen fast ganz ohne Leben. Eisenbahnen wenig verändert. Kohlenbergwerke ziemlich fest, Banken und Industriepapiere behauptet, aber still. Der Anlagemarkt verharrte gleichfalls in großer Lustlosigkeit Die fremden Obligationen waren eher matt, deutsche behauptet, doch still. Deutsche Anleihen ohne Verkehr. 4½prozentige bevorzugt. Deutsche Prioritäten recht fest. Der weitere Verlauf des Geschäfts brachte keine neue Anregung, aber stärkere Schwankungen, welche die Tendenz jedoch eher als fest kennzeichnete. Besonders fest erschienen auch Lombarden. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 390—393,50, Lombarden 126—130, Kreditaktien 239,50—9—242, Laurahütte 63—2,75—3,40—3, Diskonto-Komm.-Antheile 108,25—108,75, Gelsenkirchen gewann 0,75, Central-Bank für Industrie 0,25, Deutsches Bergwerk ¼, Centralbank für Bauten verlor 1,30, Bergisch-Märkische Industrie 1, Stettiner 1½, Halberstädter 0,45, Potsdamer 0,15, Anhalter 0,45. Schluß schwach.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 6. Februar 1877.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,10 bz
do. neue 1876	4	95,75 bz
Staats-Anleihe	4	96,00 bz
Staats-Schldsch.	3½	92,20 bz
Kur- u. Nm. Sch.	3½	92,00 bz G
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,10 bz B
do. do.	3½	93,00 bz
Cöln. Stadt-Anl.	4½	—,— G
Rheinprovinz do.	4½	101,25 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	110 G
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,50 bz B
do.	5	105,40 bz
Landsch. Central	4	95,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	85,75 bz
do. neue	3½	84,80 B
do.	4	95 25 G
do. neue	4½	102,50 G
N. Brandbg. Cred.	4	95,25 G
Ostpreußische	3½	83,80 G
do.	4	95,80 B
do.	4½	102,00 bz
Pommersche	3½	83,50 bz
do.	4	95,30 B
do.	4½	101,90 bz
Posensche, neue	4	94,70 bz
Sächsische	4	96,50 B
Schlesische	3½	84,90 G
do. alte A. u. C.	4	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	82,50 B
do.	4	94,00 B
do.	4½	101,40 B
do. II. Serie	5	106,90 G
do. neue	4	
do.	4½	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	95,30 G
Pommersche	4	95,25 bz
Posensche	4	94 90 bz
Preußische	4	95,00 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	97,80 bz
Sächsische	4	95,80 B
Schlesische	4	95,80 B
Souvereigens		
Napoleonsd'or		16,25 bz G
do. 500 Gr.		
Dollars		4,18 bz
Imperials		16,75 bz
do. 500 Gr.		1394,50 bz
Fremde Banknot.		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		
Oesterr. Banknot.		164,50 bz
do. Silbergulden		190,50 bz
Russ. Noten		254,00 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100th.	3½	144,60 bG
Hess. Prsch. a 40 th.	—	250,50 bz G
Bad. Pr.-A. v. 67	4	122,90 bz B
do. 35 fl.-Obligat.	—	143,40 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	124,50 bz G
Brschw. 20thl.-L.	—	84,00 bB
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	109,50 bG
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	120,00 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	108,00 bz
do. II. Abth.	5	107,00 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	173,60 G
Lübecker Pr.-Anl.	3½	174,00 bz
Mecklb. Eisenbsch.	3½	—,—
Meininger Loose	—	19,90 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	102,75 G
Oldenburg. Loose	3	135,75 bz
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	102,80 bz G
do. do.	4½	96,75 bz
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,00 bz G
do. do.	4½	95,75 bz G
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,75 bz
Nrdd. Grdcr.-H.-A	5	101,00 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	101,00 bz G
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,75 bG
do. II. IV. rz. 110	5	102 00 bz
Pomm III. rz. 100	5	100,50 bz
Pr. B.-C.-H.-Br. kd.	5	100,00 G
do. unk. rückz. 110	5	102 90 bG
do. do. 100	5	101,00 bz G
Pr. C.-B.-Pfdb. kd.	4½	100,25 G
do. unk. rückz. 110	5	106,00 bz
do. (1872 u. 74)	4½	98.90 bz
do. (1872 u. 73)	5	101,75 bz
do. (1874)	5	101,75 bz
Pr. Hyp.-A.-B 120	4½	99,25 bG
do. do.	5	100,75 bG
Schles. Bod.-Cred.	5	100,00 G
do. do.	4½	94,00 G
Stett. Nat.-Hyp.	5	101,25 bG
do. do.	4½	98,25 bz G
Kruppsche Oblig.	5	104 30 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	105 70 G
do. do. 1885	6	99.90 G
do. Bds. (fund.)	5	103,50 G
Norweg. Anl.	4½	
New-Yrk. Std-A	6	102,90 bz
do. Goldanl	7	105,10 G
Oest. Gold-Rente	7	61,25 bzG
Oest. Pap.-Rente	4½	51,40 bz
do. Silb.-Rente	4½	55 80 bz
do. 250 fl. 1854	4	93,20 bz
do. Cr. 100 fl. 1858	—	296,80 G
do. Lott.-A. v. 1860	5	98.10 bz G
do. do. v. 1864	—	256,00 bz G
Ung. St.-Eisb.-A.	5	68,25 B
do. Loose	—	143,10 bz B
do. Schatzsch. I.	6	82,25 bz
do. do. kleine	6	82,50 bz
do. do. II.	5	80 10 bz
Italienische Rente	5	72,20 bz
do. Tabak-Obl.	6	102,60 G
do. do. Actien	6	
Rumänier	8	85,00 bz
Finnische Loose	—	38,25 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	80 25 bz
do. Engl. A. 1822	5	81,00 bz
do. do. A. v. 1862	5	82,80 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	87,50 bz
Russ. cons. A. 1871	5	82,90 bz
do. do. 1872	5	83,00 bz
do. do. 1873	5	83,10 G
do. Bod.-Credit	5	81 50 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	147,50 bz
do. do. v. 1866	5	148,00 bz G
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	86,75 bz
do. Pol.-Sch.-O.	4	79,25 bz
do. do. kleine	4	78,55 bz B
Poln. Pfdb. III. E.	5	72,00 bz B
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	63,10 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	12,10 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	27,50 bz

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	170,00 bz
do. 100 fl. 2 M.	169,15 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,445 bz
do. do. 3 M.	20,395 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,35 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	81,25 bz
do. do. 100 F. 2 M.	80,95 bz
Wien öst. Währ. 8 T.	164,40 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	163,50 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	252,00 bz
do. 100 Rub. 3 M.	249,75 bz
Warschau 100 R. 8 T.	252,50 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4½, f. Lombard 5½ pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen 5, Brüssel 2½ Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 2, Paris — Petersburg 6, Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	106,00 B
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	56,75 G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	58,50 bz G
Berliner Bankverein	fr.	49,00 bz G
do. Comm.-B. Sec.	4	58,90 bz
do. Handels-Ges.	4	64,00 bz G
do. Kassen-Verein	4	150,00 G
Breslauer-Disc.-Bk.	4	69,75 G
Centralbk. f. Bauten	4	15,00 bzG
Centralbk. f. Ind. u. H.	4	67,00 bzG
Cent.-Genossensch.-B.	fr	95,50 G
Chemnitzer Bank-V.	4	78,00 B
Coburger Credit-B.	4	68,75 bz G
Cöln. Wechslerbank	4	73,50 G
Danziger Bank	fr.	61,50 B
Danziger Privatbank	4	115,00 G
Darmstädter Bank	4	100,40 bz G
do. Zettelbank	4	96,50 G
Dessauer Creditbank	4	70,25 G
do. Landesbank	4	117,50 bz G
Deutsche Bank	4	85,75 bz G
do. Genossensch.	4	92,00 G
do. Hyp.-Bank	4	91,50 bz G
do. Reichsbank	4½	157,00 bz
do. Unionbank	fr.	89,00 bz
Disconto-Comm.	4	108,75 bz
do. Prov.-Discont	4	78,50 G
Geraer Bank	4	75,10 G
do. Creditbank	4	52,50 B
Gew.-B. H. Schuster	4	5,10 bzG
Gothaer Privatbank	4	87,75 G
do. Grundcreditbk.	4	102,00 B
Hypothek. (Hübner)	4	105,00 bz B
Königsb. Vereinsbank	4	80,40 G
Leipziger Creditbank	4	111,00 bz G
do. Discontobank	4	64,90 B
do. Vereinsbank	3½	92,80 G
do. Wechselbank	4	60 00 bz
Magdeb. Privatbank	4	106,00 G
Mecklenb. Bodencredit	4	80 25 G
do. Hypoth.-Bank	4	740,0 bz
Meininger Creditbank	4	70,50 bzG
do. Hypothekenbk	4	95 50 B
Niederlausitzer Bank	4	85,60 G
Norddeutsche Bank	4	128,00 bz
Nordd. Grundcredit.	4	94,75 bG
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	fr.	93,25 G
Ostdeutsche Bank	fr.	
Posener Spritactien.	4	44,50 B
Petersb. Discontobank	4	90,00 G
do. Intern. Bank	4	90,00 G
Posen. Landwirthsch.	4	
Posener Prov.-Bank	4	99,30 bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Boden-Credit	4	97,57 bz
do. Centralboden.	4	116,00 bz
do. Hyp. Spielh.	4	123,60 bG
Product.-Handelsbank	4	79,75 bG
Provinz.-Gewerbebk.	4	39,10 G
Rittersch. Privatbank.	4	127,00 bz B
Sächsische Bank	4	115,00 bz B
do. Bankverein	fr	
do. Creditbank	4	96,00 bz B
Schaaffhaus. Bankv.		61,40 b
Schles. Bankverein		86,75 bz
Schles. Vereinsbar	4	90,40 B
Südd. Bodencredit	4	108,40 bz
Thüringische Bank	4	70,25 G
Vereinsbank Quistorp	fr.	1,50 G

Industrie-Actien.

Brauerei Patzenhofer	4	95,25 G
Dannenb. Kattun	4	17,50 G
Deutsche Baugesf.	4	51,00 B
Deutsch. Eisenb.-Bau.	4	9,50 bz G
Dtsch. Stahl- u. Eisen.	4	
Donnersmarckhütte	4	18,50 bz G
Dortmunder Union	4	6,00 bz
Egell'sche Masch.-Act.	4	13.50 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	17,50 G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Nähm.	4	35,00 B
Gelsenkirch.-Bergw.	4	82,75 bz
Georg-Marienhütte	4	62,00 G
Hibernia u. Shamr.	4	28,75 bz
Immobilien (Berl.)	4	76,00 B
Kramsta, Leinen-F.	4	68,50 bzG
Lauchhammer	4	23,75 G
Laurahütte	4	63,50 G
Luise-Tiefbau-Bergw.	4	17,00 G
Magdeburg. Bergw.	4	99.10 G
do. Spritfabrik	4	26,00 G
Marienhütte Bergw.	4	68,00 bz B
Massener Bergwerk	4	14,00 B
Menden u. Schw. B.	4	49,00 G
Oberschles. Eis.-Bed.	4	25,25 G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A.	4	32,00 bz G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	20,00 B
Redenhütte	4	4 00 B
Rhein.-Nass. Bergwerk	4	86,25 G
Rhein.-Westfäl. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	36,50 bz
Union-Eisenwerk	4	4,00 B
Unter den Linden	4	19.50 bz G
Wäsemann Bau-V.	fr.	50,50 B
Westend (Quistorp)	fr.	2 75 G
Wissener Bergwerk	4	12,00 G
Wöhlert Maschinen	4	12,00 bz B

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Mastricht	4	21,50 bz G
Altona-Kiel	4	122,50 bG
Bergisch-Märkische	4	78.5 bz
Berlin-Anhalt	4	104,25 bz G
Berlin-Dresden	5	23 75 bz
Berlin-Görlitz	4	22,00 bz
Berlin-Hamburg	4	168,25 b
Berliner Nordbahn	fr.	
Brl.-Potsd.-Magdeb.	4	78,60 bzG
Berlin-Stettin	4	123,00 bz G
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	71,00 bz G
Cöln-Minden	4	100,50 bz
do. Litt. B.	5	—
Halle-Sorau-Guben	4	13,50 bz B
Hann.-Altenbeken	4	15 60 bz
do. II. Serie	4	
Märkisch-Posener	4	18,90 bz
Magd.-Halberstadt	4	106,75 bzG
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Litt. B.	4	
Münster-Hamm	4	—,— G
Niederschles.-Märkisch	4	96,75 bz
Nordhausen-Erfurt	4	25,80 bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	3½	127,75 bz
do. Litt. B.	3½	119,25 b
do. Litt. E.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	24.75 bz
Pomm. Centralbahn	fr.	
Rechte Oder-Uferbahn	4	105,00 bz B
Rheinische	4	109,40 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	91,75 bz G
Rhein-Nahebahn	4	12,20 bz G
Stargard-Posen	4½	101 50 b B
Thüringische	4	126,40 bzB
do. Litt. B. v. St. gar.	4	91,00 G
do. Litt. C. v. St. gar.	4½	106,25 G
Weimar-Geraer	4½	48,90 bz
Albrechtsbahn	5	16,00 bz G
Amsterdam-Rotterd.	4	114,75 bz
Aussig-Teplitz	4	116,00 bG
Baltische	3	49,00 G
Böhm. Westbahn	5	70 25 b
Brest-Grajewo	4	18,75 b
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	7,75 bz B
Elisabeth-Westbahn	5	54,70 bz
Kaiser Franz Joseph	5	51,40 bz
Galiz. (Karl Ludwig)	5	86,50 bz
Gotthard-Bahn	6	46,00 G
Kaschau-Oderberg	5	35,75 bz B
Ludwigsh.-Bexbach	4	76,50 bz
Lüttich-Limburg	4	18,00 bz
Mainz-Ludwigshafen	4	95.50 bz
Oberhess. v. St. gar.	fr.	77,50 bz G
Oestr.-frz. Staatsbahn	4	
do. Nordwestbahn	5	190,00 bz B
do. Litt. B.	5	64,50 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	45,90 bB
Kronpr. Rudolfsbahn	5	44.75 bz G
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	13,90 bz B
Russische Staatsbahn	5	105,80 bG
Schweizer Unionbahn	4	8,10 b
Schweizer Westbahn	4	21,80 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	—,— bz
Turnau-Prag	4	40,50 G
Vorarlberger	5	40,00 G
Warschau-Wien	4	180,50 bz G

Eisenbahn-Stammprioritäten

Altenburg-Zeitz	5	102,10 G
Berlin-Dresden	5	44,25 bG
Berlin-Görlitzer	5	53,75 B
Berliner Nordbahn	fr.	
Breslau-Warschau	5	
Chmn.-Aue-Adorf	fr.	20,70 bz G
Crefeld-K. Kempen	fr.	
Gera-Plauen	5	26,60 b
Halle-Sorau-Guben	5	31,10 b
Hannover-Altenbek.	5	35,60 b
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	70,00 b G
Magdeb.-Halberst. B.	3½	70,00 bG
do. do C.	5	96,10 bG
Münster-Enschede	5	
Nordhausen-Erfurt	5	35,00 bG
Oberlausitzer	5	32,50 bG
Ostpreuß. Südbahn	5	74,60 b
Rechte Oderufer-Bahn	5	109,20 b
Rheinische	4	
Rumänische	8	57,00 b
Saalbahn	5	26,10 bz G
Saal-Unstrutbahn	5	11,00 bzG
Tilsit-Insterburg	5	64,75 B
Weimar-Geraer	5	21,00 bG

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	90,22 G
do. do. II.	5	—,— B
do. do. III.	5	—,— G
Berg.-Märkische I.	4½	—,— G
do. II.	4½	100,50 G
do. III. v. St. g.	3½	84,75 bG
do. do. Litt. B.	3½	84,75 G
do. do. Litt. C.	3½	77,50 bz
do. IV.	4½	98,80 bz
do. V.	4½	98,80 bzG
do. VI.	4½	98,25 b
do. VII.	5	102,90 bz B
Aachen-Düsseldorf I.	4	90,00 G
do. do. II.	4	90,— G
do. do III.	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II.	4½	98,— B
do. Dortmd.-Soest	4	—,— G
do. do. II.	4½	97,00 bG
do. Nordb. Fr. W.	5	103,25 bz G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	—,— G
Berlin-Anhalt	4	—,— G
do.	4½	100,25 B
do. Litt. B.	4½	100,25 B
Berlin-Görlitz	5	102,75 bG
do. do.	4½	89,00 bz G
Berlin-Hamburg	4	—, G
do. do. II.	4	—,— G
do. do. III.	5	104,00 B
Berl.-Potsd.-M. A. B.	4	93,25 G
do. do. C.	4	91,00 bz G
do. do. D.	4½	97,30 b
do. do. E.	4½	—, — b
Berlin-Stettin I.	4½	— —
do. do. II.	4	93,50 B
do. do. III.	4	93,50 B
do. IV. v. St. g.	4½	103,00 b
do. VI. do.	4	93 50 B
do. VII.	4½	98,75 G
Bresl.-Schw.-Freibrg.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	92,00 bz G
do. do. Litt. I.	4½	92,00 bG
Cöln-Minden IV.	4	92,90 b
do. do. V	4	90,60 G
do. do. VI.	4½	98,25 bG
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
do. do do.	5	101,40 b
Hannov.-Altenbek I.	4½	95,00 G
do. do. II.	4½	91,50 G
do. do. III	4½	91,90 bz
Märkisch-Posener	5	—,— B
Magdeb.-Halberstadt	4½	—,— bB
do. do. de 1865	4½	98,00 bz
do. do. de 1873	4½	—,— G
do. Leipzig	4½	99 90 B
do. do. de 1873	4½	—,—
do. Wittenberge	3	—,— B
do. do.	4½	—,— B
Niederschles.-Märk. I.	4	97,00 G
do. II a 62½ thlr.	4	95,75 B
do. Obl. I. u. II.	4	—,— G
do. do. III. conv.	4	96,00 B
Nordhausen-Erfurt I.	5	—,— bG
Oberschlesische A.	4	—,— G
Oberschlesische B.	3½	85.50
do. C.	4	
do. D.	4	93,25 B
do. E.	3½	86,00 bG
do. F.	4½	101,50 G
do. G.	4½	00,00 B
do H.	4½	101,75 B
do. v. 1869	5	103,50 bz
do. v. 1873	4	—,— G
Oberschles. v. 1874	4½	98,50 bz
do. Brieg-Neisse	4½	00,00 G
do. Cos.-Oderb.	4	94,— G
do. do.	5	103,40 bz
do. Niedsch. Zwgb.	3½	—,— B
do. Starg. Pos.	4	—, G
do. do. II.	4½	—,— B
do. do. III.	4½	—,— B
Ostpreuß. Südbahn	5	102,20 G
do. Litt. B.	5	—,— G
do. Litt. C.	5	—,— B
Rechte-Oder-Ufer	5	101,10 bz
Rheinische	4	00,00 G
do. v. St. gar.	3½	00,50 G
do. von 1858, 60	4½	99,60 bz
do. von 1862, 64	4½	99,60 bz
do. v. 1865	4½	99,60 b
do. 1869, 71, 73	5	103,50 bB
do. v. 1874	5	103,50 bB
Rh.-Nahe. v. St. g.	4½	102,00 bG
do. II. do.	4½	102,00 bG
Schlesw.-Holstein.	4½	100,00 bzG
Thüringer I.	4	—.— G
do. II.	4½	—,— bz
do. III.	4	
do. IV.	4½	101,50 bz
do. V.	4½	100,50 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	64,50 bz
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	83 60 G
do. do. II.	5	82 30 G
do. do. III.	5	79,00 G
do. do. IV.	5	78,50 G
Lemberg-Czernow. I.	5	63 50 G
do. II.	5	62 90 bz
do. III.	5	56,80 bz B
do. IV.	5	50 90 b
Mähr.-Schles. Ctrlb.	fr.	15,00 G
Mainz-Ludwigshafen	5	—.—
do. do.	4½	—,—
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	317,00 bzG
do. Ergänzungsn.	3	301,00 G
Oesterr.-Franz. Stsb.	5	94,00 G
do. II. Em.	5	93,80 bz
Oesterr. Nordwestb.	5	74 00 bB
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	59,00 b
do. Goldpriorität.	5	—,— G
Kronpr. Rud.-Bahn	5	62,50 bG
do. do. 1869	5	59,00 bz
do. do. 1872	5	59,00 B
Rab-Graz Pr.-A.	4	68,50 bz
Reichenb.-Pardubitz.	5	64,50 b
Südösterr. (Lomb.)	3	35 50 bz
do. do. neue	3	36,75 bG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	—,00
do. do. 1878	6	—,00 G
do. do. Oblig.	5	77,40 bz
Baltische, gar.	5	80 00 bzG
Brest-Grajewo	5	57,00 bz G
Charkow-Asow. g.	5	86,00 G
do. in Lstr. a 20.40	5	79,50 bB
Charkow.-Krementsch.	5	84.— bz
Jelez-Orel, gar.	5	86,00 bB
Jelez-Woron., gar.	5	—,— G
Koslow.-Woron.	5	89,75 bz
Koslow.-Woron. Obl.	5	75,50 bz
Kursk.-Chark. gar.	5	86,40 B
K.-Chark.-As. (Obl.)	5	77,50 bz
Kursk.-Kiew, gar.	5	90,00 bz
Losowo-Sewast.	5	75,50 bz
Mosco-Rjäsan, g.	5	97,75 B
Mosk.-Smolensk	5	87,25 bz
Schuja-Iwanowo	5	86,25 bB
Warschau-Teresp.	5	87,00 b
do. kleine	5	87,25 bz
Warschau-Wien II.	5	95,50 bG
do. III.	5	90,75 bz
do. IV.	5	84,40 bz
Zarskoe-Selo	5	77,25 bz

Druck und Verlag von W. Decker und Comp. (E. Röstel) in Posen.